

# **DER IRAK-KRIEG** **und die Folgen**

---

## **DIE DEUTSCHE** **MITTÄTERSCHAFT**

**am völkerrechts-  
widrigen Angriffskrieg  
gegen den Irak**

**und die  
mörderischen  
KONSEQUENZEN  
deutscher Politik**

---

*Schutzgebühr: 2,50 Euro*

**ISW**

**SPEZIAL-NR.18**

*institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.*

*Mitherausgeber: Bündnis München gegen Krieg  
und Informationsstelle Militarisierung IMI e.V.*

# Inhalt

---

<b>I. Die US-Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges</b>	
1. Lügen, Erfindungen, gefälschte Beweise .....	3
2. Die Ergebnisse der UN-Waffeninspektionen von 1991 bis 1998 .....	4
3. Die UN-Resolutionen des Weltsicherheitsrats – kein Mandat für Krieg .....	5
4. Ob mit oder ohne UNO – der Krieg war lange vorher beschlossene Sache .....	6
5. Die Kriegsermächtigung durch den US-Kongress .....	7
<b>II. Die Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen den Irak</b>	
1. Deutschland: logistische Drehscheibe für den Krieg .....	8
2. Die direkte und indirekte Beteiligung der Bundeswehr am Krieg .....	10
<b>III. Völkerrechts- und Verfassungsbruch durch die Bundesregierung</b>	
1. Die UN-Charta .....	11
2. Verfassungsbruch der Regierung .....	12
3. Die angeblichen Bündnisverpflichtungen Deutschlands .....	13
<b>IV. Mörderische Konsequenzen deutscher Politik</b>	
1. Globalisierungsstrategie Deutschlands und der EU .....	14
Die neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien .....	15
Ein Neuer Kraftakt für die Militärmacht Europa .....	16
Die EU-Verfassung: Aufrüstungsverpflichtung .....	17
2. Das Verhältnis Deutschland/EU zu den USA: Politikrobatik .....	18
Die EU – Instrument deutscher Großmachtambitionen .....	19
Die deutsche Gratwanderung .....	20
Anhang: Kostspielige Aufrüstung der Bundeswehr-"Einsatzkräfte" .....	22

## Impressum

### isw-spezial 18, Dezember 2003

Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
(in Zusammenarbeit mit der Informationsstelle Militarisierung, IMI e.V.  
und dem Bündnis München gegen Krieg)

80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15

email: [isw\\_muenchen@t-online.de](mailto:isw_muenchen@t-online.de), <http://www.isw-muenchen.de>

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

IBAN: DE49 7009 0500 0000 9834 20, Swift-Code: GENODEF1S04

Redaktion: Claus Schreer

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Fred Schmid

Grafiken: Bernd Bücking, Monika Ziehaus

Layout: Monika Ziehaus

Redaktionsschluss: 27. November 2003

Druck: Das Freie Buch, München

Schutzgebühr: 2,50 EUR

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

## I. Die US-Propaganda zur Rechtfertigung des Krieges

"Gott hat uns aufgerufen, unser Land zu verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen", erklärte George W. Bush in seiner Rede in Nashville am 10.2.2003. Ein solch hoher Zweck heiligt jedes Mittel, auch das der umfassenden Täuschung der Öffentlichkeit über die Gründe des Irakkriegs. Bushs Kriegserklärung an den Irak vom 7.10.2002 trägt auf der Website des Weißen Hauses den Titel 'Denial and Deception', Leugnen und Täuschung. 'Indeed', kommentiert New York Times-Autor Paul Krugman. In der Tat, die von Bush angegebenen maßgeblichen Gründe – Saddam Hussein steht in Verbindung zu Al Kaida; der Irak verfügt über Massenvernichtungswaffen – waren gelogen. Es gab keinerlei Beleg über eine Verbindung Al Kaida-Saddam oder über Massenvernichtungswaffen in den Händen des Saddam-Regimes, und das Weiße Haus wusste, dass es keine Belege für seine Behauptungen gibt. Doch schlimmer noch: die Regierung Bush strich aus den Geheimdienstdokumenten alle Fakten, die ihren öffentlichen Behauptungen zuwiderliefen. (John B. Judis/Spencer Ackerman: Deception and Democracy. New Republic, 30.6.2003). Vizepräsident Cheney, Verteidigungsminister Rumsfeld, Außenminister Powell, die Nationale Sicherheitsberaterin Rice und CIA-Direktor Tenet haben nachweislich in der Öffentlichkeit falsches Zeugnis abgelegt. So waren diese Hauptakteure der Bush-Regierung frühzeitig von den eigenen Experten informiert worden, dass die bis zuletzt als Beleg für das irakische Atomwaffenprogramm genannten Aluminiumröhren für Atomwaffen ungeeignet waren. Noch phantastischer war der Umgang mit dem angeblichen schriftlichen Nachweis eines Urangeschäfts zwischen Niger und dem Irak. 'Ein ohne Beweise entfesselter Präventivkrieg wäre für das Rechtsbewusstsein des Westens ein Desaster', sagt Heiner Geissler (Süddeutsche Zeitung, 20.1.2003). Das Desaster ist da, aber 'the rest of the west' bemüht sich eher um gutes Wetter über dem Atlantik, als dass er vom US-Präsidenten Aufklärung und Konsequenzen forderte." (aus: Conrad Schuhler: Unter Brüdern. Papyrossa-Verlag, Köln 2003)

### 1. Lügen, Erfindungen, gefälschte Beweise

Nach dem offiziell verkündeten Kriegsende durchkämmten 1.400 US-Spezialisten den von US-amerikanischen und britischen Truppen besetzten Irak. Bis heute sind sie auf der Suche nach dem angeblichen Kriegsgrund. "Wir haben jedes irakische Munitionslager zwischen Kuwait und Bagdad untersucht, aber es ist einfach nichts da", erklärte der kommandierende US-General James Conway im ARD-Magazin 'Panorama' am 12. Juni 2003.

Die Behauptung, Saddam Hussein hätte Massenvernichtungswaffen, mit denen er die USA und den Weltfrieden bedroht, war die zentrale Kriegsgründung der US-Regierung. Schon im August 2002 erklärte US-Vize-Präsident Dick Cheney: "Es besteht kein Zweifel, dass Saddam Hussein heute Massenvernichtungswaffen besitzt; es besteht kein Zweifel, dass er sie hortet für den Einsatz gegen unsere Freunde, gegen unsere Verbände-

ten und gegen uns." Am 28. Januar 2003 behauptete US-Präsident George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation ebenfalls: "Jahr für Jahr hat Saddam Hussein enorme Summen ausgegeben, um Massenvernichtungswaffen zu bauen und zu behalten. ... Die britische Regierung hat herausgefunden, dass Saddam Hussein jüngst größere Mengen Uran aus Afrika kaufen wollte." Auch als alle Lügen längst wie Seifenblasen zerplatzt waren, blieb die US-Regierung bei dieser Behauptung. Am 18. März 2003, zwei Tage vor Beginn der Bombardierung Bagdads, erklärte US-Präsident Bush in seiner Fernsehansprache erneut: "**Geheimdienstinformationen unserer und anderer Regierungen lassen keinen Zweifel, dass das irakische Regime einige der tödlichsten Waffen besitzt und versteckt, die jemals entworfen wurden.**"

Sechs Wochen vorher, am 5. Februar, hat US-Außenminister Colin Powell seinen großen Auftritt im UN-Sicherheitsrat. Er präsentierte die bis dahin geheim gehaltenen angeblichen Beweise für die irakischen Massenvernichtungswaffen.

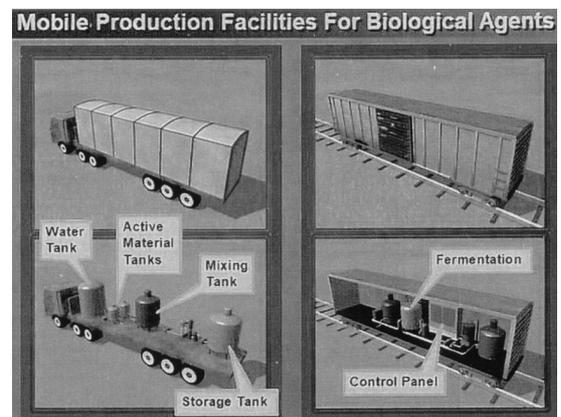
#### Beweis Nr. Eins:

##### Luftaufnahmen einer "Chemiewaffenfabrik"!

Die UN-Inspektoren hatten diese Anlage jedoch längst inspiziert – ohne eine Spur von Waffenproduktion zu finden.

#### Beweis Nr. Zwei: Mobile Giftgaslabore!

Powell präsentiert handgemalte Bilder eines LKW – angeblich ein Dekontaminierungslastwagen. Die Inspektionsteams der UNO hatten diese Fahrzeuge aber keineswegs übersehen. "Es waren Wassertankwagen", stellte UN-Waffeninspektor Jörn Siljeholm in einem Interview mit dem ARD-Magazin 'Panorama' (12.6.2003) klar.



Powells handgemalte "Beweise"

#### Beweise Nr. Drei, Vier und Fünf:

##### Saddams Atomprogramm!

Powell zeigt Fotos von Aluminiumröhren, angeblich eine Spezialanfertigung für den Bau von Atomwaffen. Experten des US-amerikanischen Energieministeriums hatten jedoch längst herausgefunden, dass die Aluminiumröhren für die Herstellung von Atomwaffen völlig ungeeignet waren (nach 'New Republic', 30.6.03).

Und schließlich zitiert Powell aus einem britischen Geheimdienstbericht und wiederholt die Behauptung des britischen Premierministers Toni Blair: "Wir wissen: der Irak hat **chemische und biologische Waffen**. Er stellt sie nach wie vor her und

will sie auch einsetzen. Saddam kann diese Waffen innerhalb von 45 Minuten aktivieren." Der britische Sender BBC enttarnte diese Propagandamärchen. Das Geheimdienst-Dossier war seitensweise aus einer zwölf Jahre alten Diplomarbeit des Studenten Ibrahim Al-Marashi abgeschrieben worden, selbst die Tippfehler wurden übernommen (vgl. 'Stern', 13/2003).

Noch dreister war der angebliche Beweis eines irakischen **Urangeschäfts mit Niger**, den Powell dem Weltsicherheitsrat vorlegte. Diesen Deal hatte es nie gegeben. Mohammed El-Baradei, Chef der Internationalen Atomenergiebehörde, und UN-Chefinspektor Hans Blix enttarnten die angeblichen Dokumente als "plumpe Fälschungen". Tatsächlich lagern die Papiere im Panzerschrank der Atomenergiebehörde in Wien und die Unterschrift des nigerianischen Außenministers, der schon seit Jahren nicht mehr im Amt ist, war gefälscht. Ein Diplomat des CIA, der deswegen in den Niger gereist war, hatte das bereits im Jahr zuvor, im Februar 2002, herausgefunden ('Panorama', 12.6.03 und 'New Republic', 30.6.03). US-Kriegsminister Rumsfeld drehte den Spieß einfach um: "Das Fehlen von Beweisen", sagte er, "ist kein Beweis für das Fehlen von Massenvernichtungswaffen".

Ebenso völlig frei erfunden war die Behauptung der US-Regierung, Saddam Hussein hätte etwas mit den Terroranschlägen des **11. September** zu tun und hänge mit dem Terrornetzwerk Osama bin Laden zusammen. US-Präsident Bush in seiner Rede vor dem amerikanischen Kongress am 29. Januar 2003: "Beweise aus Geheimdienstquellen enthüllen, dass Saddam Hussein Terroristen unterstützt und schützt, darunter Mitglieder von Al-Qaida. (Frankf. Rundschau, 30.1.03). Und am 1. Mai 2003, bei der Verkündung des Sieges über den Irak, erklärte Bush: "Die Schlacht im Irak war ein Sieg im Kampf gegen den Terrorismus, der am 11. September begonnen hat. Die Befreiung des Irak war ein entscheidender Schritt im Kampf gegen den Terror. Wir haben einen Verbündeten von Al-Qaida beseitigt und eine Finanzierungsquelle des internationalen Terrorismus trocken gelegt." Selbst der CIA hat diese Märchen dementiert. Greg Thielmann, ehemaliger US-Geheimdienstchef: "Ich kenne wirklich keinen einzigen Experten in der US-Administration für Terrorismus, der Osama bin Laden als einen Alliierten von Saddam betrachten würde." ('Monitor', 28.8.03.)

## 2. Die Ergebnisse der UN-Waffeninspektionen von 1991 bis 1998

Nach dem Golfkrieg 1991 war der Irak dem strengsten Waffeninspektionsregime unterworfen, das es je für irgend ein Land gegeben hat. Die irakischen Massenvernichtungswaffen und die entsprechenden Produktionsanlagen wurden zerstört. Scott Ritter, der Leiter der UN-Sonderkommission im Irak von 1991 – 1998 hat die Behauptungen der US-Regierung eindeutig widerlegt. Die folgenden Aussagen machte Scott Ritter am 16. und 19. August 2002:

■ "1998, in dem Jahr, als ich den Irak verließ und das UN-Waffeninspektionsprogramm beendet wurde, waren die (Atom-)Infrastruktur und die Anlagen zu 100 Prozent zerstört. (...) Wir haben

das **Atomwaffenprogramm** des Irak vernichtet, und wenn der Irak es wieder aufbauen würde ... Der Irak könnte das nicht verbergen."

■ "**Chemische Waffen** wurden in der Anlage in der Region Muhanna hergestellt. Diese riesige Produktionsstätte für chemische Waffen wurde im Golfkrieg bombardiert, danach kamen die Waffeninspektoren und vernichteten alles, was davon noch übrig war. Damit verlor der Irak die Grundlage für die Herstellung von Sarin und Tabun. (...) Sarin und Tabun zerfallen binnen fünf Jahren und werden damit völlig nutzlos. Es ist kein wirksamer chemischer Kampfstoff mehr, vor dem sich die Welt zu fürchten hätte. (...) Hätten sie etwas versteckt, dann hätten wir es gefunden. Aber nehmen wir einmal an, es wäre ihnen tatsächlich gelungen, etwas davon zu verstecken. Es wäre inzwischen nur noch eine unbrauchbare und harmlose Schmiere."

■ "Wir haben mehr Produktionsanlagen für **biologische Waffen** kontrolliert als sonst etwas – über tausend Einrichtungen, ein paar hundert davon sogar mehrmals. Die Fabrik in Al Hakam ist ein gutes Beispiel. ... Wir wussten, dass hier Kampfstoffe hergestellt wurden. Die Iraker bestritten dies. Am Ende gaben sie es zu, und wir zerstörten die Fabrik. So viel steht fest. Auch unter idealen Lagerbedingungen beginnt flüssiges Anthrax innerhalb von drei Jahren zu keimen und wird damit unbrauchbar. Auch wenn uns also die Iraker angelogen und Anthrax zurückbehalten haben ... Der Irak besitzt heute keine biologischen Waffen mehr, weil sowohl das Anthrax als auch das Botulinumtoxin inzwischen unbrauchbar geworden sind. (...) Noch einmal: Die Forschung und Entwicklung biologischer Waffen wurde von den Inspektoren besonders sorgfältig überprüft. Wir haben im Irak überall gesucht, in jeder Forschungs- und Entwicklungseinrichtung, in jeder Universität, in jeder Schule, jedem Krankenhaus und jeder Bierbrauerei – überall, wo Fermentationsprozesse stattfinden könnten, haben wir kontrolliert und nirgendwo einen Beleg dafür gefunden, dass weiterhin Forschung und Entwicklung betrieben oder Materialien zurück behalten wurden."

■ "Wir brachten Bomben, Raketen und Sprengköpfe, die mit diesen Kampfstoffen gefüllt waren, gezielt zur Explosion. Wir entleerten Scud-Raketensprengköpfe, die damit bestückt waren. All das Zeug haben wir ausfindig gemacht und zerstört ... Die Vorstellung, der Irak könne plötzlich mit einer **Langstreckenrakete** aufwarten, ist absurd. (...) Dazu müssen jede Menge Tests durchgeführt werden ... Man muss die Raketen ins Freie bringen und von Abschussrampen abfeuern ... Unsere Radaranlagen registrieren diese Tests; wir wissen also, was dort getestet wird, und das, was wir wissen, braucht uns nicht zu beunruhigen."

(W.R. Pitt – Scott Ritter: Krieg gegen den Irak – Was die Bush-Regierung verschweigt, Köln 2002)

Trotz all dieser unwiderlegbaren Fakten, wurde die Weltöffentlichkeit weiterhin ganz bewusst belogen. Einziges Ziel der US-Regierung war: den Irak militärisch zu besetzen. Nach dem Krieg ließ US-Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz die Katze aus dem Sack. Er erklärte: "Aus bürokratischen Gründen setzten wir auf das Thema Massenvernichtungswaffen, weil es der einzige Grund war, bei dem jeder zustimmen konnte."

### 3. Die UN-Resolutionen des Weltsicherheitsrats – kein Mandat für Krieg

Die UN-Resolution 678 vom 29. November 1990, mit der die Verbündeten Kuwaits seinerzeit autorisiert wurden, "alle erforderlichen Mittel" einzusetzen, um Kuwait von den damals eingefallenen irakischen Truppen zu befreien, war bereits im Jahr 1991 erfüllt. Der Zweck jener Ermächtigung war die Vertreibung der irakischen Besatzer aus Kuwait. Weder die USA noch ihre Verbündeten waren damals autorisiert worden, Saddam Hussein und sein Regime mit militärischen Mitteln zu stürzen und einen Systemwechsel herbeizuführen.

Die anschließenden UN-Resolutionen über den Abschluss eines Waffenstillstandes sowie die Einsetzung und Entsendung eines UN-Inspektionsteams (UNSCOM, und seit 1999 UNMOVIC) zum Aufspüren und Vernichten möglicher atomarer, biologischer und chemischer Waffensysteme ermächtigten ebenfalls nicht zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak. Sie sahen weder vor, die Kooperation mit dem UN-Inspektionsteam durch militärische Mittel zu erzwingen, noch dass das Regime von Saddam Hussein durch Krieg gestürzt werden sollte.

Dies gilt auch für die nach wochenlangen Verhandlungen am 8.11.2002 vom UN-Sicherheitsrat einstimmig verabschiedete Resolution 1441. Diese legte ein präzises inhaltliches und zeitliches Regime für die an den Irak gerichteten Forderungen sowie die Grundsätze für die Arbeit des UNMOVIC- und IAEA-Inspektorenteams fest.

#### Resolution 1441

Einen Tag nach der Verabschiedung der Resolution 1441 im Weltsicherheitsrat schrieb die New York Times: "Der Beschluss stellt es den USA frei, den Irak anzugreifen – auch ohne zweite Resolution, die den Einsatz von Gewalt ausdrücklich autorisiert." Diese Interpretation, die in krassem Gegensatz zum Text der Resolution steht, gehörte seitdem zum offiziellen Repertoire der US-Kriegspropaganda. Die Resolution 1441 war zwar das bis dahin schärfste Ultimatum gegenüber dem irakischen Regime, enthielt aber keinerlei Autorisierung für den Einsatz militärischer Gewalt.

Einige der wichtigsten Passagen sollen hier noch einmal in Erinnerung gebracht werden:

In Ziffer 2 der Resolution beschloss der UN-Sicherheitsrat, dem Irak "eine letzte Chance einzuräumen, seinen Abrüstungsverpflichtungen nach den einschlägigen Resolutionen des Rates nachzukommen; und demgemäß ein verstärktes Inspektionsregime einzurichten, mit dem Ziel, den vollständigen und verifizierten Abschluss des mit Resolution 687 (von 1991) und späteren Resolutionen des Rates eingerichteten Abrüstungsprozesses herbeizuführen."

Der Irak wurde verpflichtet, innerhalb von 30 Tagen eine vollständige und umfassende Auflistung seiner Waffenbestände und Programme in Bezug auf Massenvernichtungswaffen vorzulegen. (Dieser Bericht, der schließlich 12.000 Seiten umfasste, wurde bekanntlich fristgerecht übergeben.)

In Ziffer 4 der Resolution wurde festgestellt, dass "falsche Angaben oder Auslassungen" in diesem Bericht sowie die Weigerung, mit dem Inspektions-

team "uneingeschränkt zu kooperieren, eine weitere erhebliche Verletzung der Verpflichtungen Iraks darstellen, die dem Rat gemeldet werden (sollen), damit er eine Bewertung trifft".

In den folgenden Ziffern wurden bis ins Detail die Rechte des UN-Inspektionsteams auf "unbehinderten, bedingungslosen und uneingeschränkten Zugang zu allen Einrichtungen ... Unterlagen" usw. festgelegt, "die diese zu inspizieren wünschen".

In Ziffer 7 der Resolution wird festgelegt: Die Inspektionsteams "die UNMOVIC und die IAEO haben das Recht, nach ihrem alleinigen Ermessen alle verbotenen Waffen, Subsysteme, Komponenten, Unterlagen, Materialien und andere damit zusammenhängende Gegenstände verifizierbar zu entfernen, zu vernichten oder unschädlich zu machen, sowie das Recht, alle Einrichtungen oder Ausrüstungen für deren Produktion zu beschlagnahmen oder zu schließen".

Zwar "erinnert" die Ziffer 13 der UN-Resolution daran, dass der Sicherheitsrat den Irak wiederholt vor "ernsthaften Konsequenzen" gewarnt hat, "wenn Irak weiter gegen seine Verpflichtungen verstößt". Worin diese "serious consequences" bestehen würden, hatte er jedoch bewusst offen gehalten.

Wären tatsächlich verbotene Waffenbestände oder entsprechende Produktionsanlagen gefunden worden, dann hätten sie "unschädlich gemacht und vernichtet" werden sollen (siehe Ziffer 7), genauso, wie das zwischen 1991 und 1998 sehr erfolgreich praktiziert worden war.

Ausdrücklich wird schließlich in den Schlusspassagen der Resolution klargestellt, dass der Weltsicherheitsrat die Einhaltung der Abrüstungsverpflichtungen des Irak "einschließlich seiner Verpflichtungen betreffend der Inspektionen" selbst überwachen und auch selbst alle weiteren Entscheidungen treffen werde.

In den Ziffern 11, 12 und 14 beauftragte der Sicherheitsrat die Leiter der UN-Waffeninspektionsteams, "über jedes Versäumnis Iraks" im Zusammenhang mit der Resolution "Bericht zu erstatten", und beschloss, "sofort nach Eingang des Berichts zusammen zu treten, um über die Situation und die Notwendigkeit der Befolgung aller einschlägigen Ratsresolutionen zu beraten." Und: "mit der Angelegenheit befasst zu bleiben".

In der US-Propaganda wurde immer wieder behauptet, dass das Auffinden verbotener Waffen und Waffensysteme (z.B. Raketen mit einer Reichweite von mehr als 150 km) auf jeden Fall einen Militärschlag legitimieren würde. In der Resolution des Sicherheitsrats stand davon jedoch nichts.

Die Resolution 1441 mag in zahlreichen Punkten äußerst doppeldeutig formuliert sein. Aber: **"Der Wortlaut der Resolution ist eindeutig genug, um aus ihm keine Ermächtigung für den Krieg herauslesen zu können, selbst im Falle ihrer eindeutigen und nachhaltigen Verletzung durch Irak."** (Prof. Norman Paech, Völkerrechtler an der Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg).

Dieses "Problem" musste schließlich auch von den USA und Großbritannien zur Kenntnis genommen werden, weshalb sie sich krampfhaft um eine zweite Sicherheitsrats-Resolution bemühten. Nachdem in den Beratungen klar wurde, dass der Si-

cherheitsrat die Inspektionen fortsetzen wollte und eine Ermächtigung zum gewaltsamen Regimewechsel im Irak auch gar nicht hätte erteilen können, stellten die USA ihren zweiten Resolutionsentwurf gar nicht erst zur Abstimmung.

#### 4. Ob mit oder ohne UNO – der Krieg war lange vorher beschlossene Sache

Saddam Hussein war zweifellos ein skrupelloser Diktator, der in den 80er Jahren einen mörderischen Krieg gegen den Iran geführt hat (mit hunderttausenden von Toten), der Giftgas gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt hat (in Halabscha wurden dabei 5.000 Kurden ermordet), und der fast die gesamte fortschrittliche und linke Opposition liquidiert bzw. ins Exil getrieben hat.



Donald Rumsfeld und Saddam Hussein am 20. Dezember 1983 in Bagdad. Als Sonderbotschafter des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan führte der heutige US-Verteidigungsminister die Verhandlungen über eine verstärkte militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und dem Irak im Krieg gegen den Iran.

Aber gerade in dieser Zeit war Saddam Hussein der Liebling des Westens. Mit dem Sturz des Schahs von Persien (1979) hatten die USA und die westeuropäischen Staaten ihren wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten verloren. 1980 beginnt Saddam Hussein den Krieg gegen den Iran, der zehn Jahre andauert und bei dem auf beiden Seiten Hunderttausende Menschen getötet wurden. Um einen Sieg der verhassten Mullahs zu verhindern, erhielt das Saddam-Regime Staatskredite aus den USA und wurde insbesondere von den westlichen Großmächten mit Rüstungsgütern jeder Art beliefert. In dem 12.000-Seiten starken Bericht des Irak an die Vereinten Nationen wurden 24 US-Firmen genannt, darunter amerikanische Labore, die Bakterienkulturen an den Irak geliefert haben. Die Spitzenstellung nimmt Deutschland ein. 98 deutsche Firmen waren an Rüstungsgeschäften mit dem Irak beteiligt. Deutschland half bei der Modernisierung der Scud-Raketen und lieferte Anlagen zur Entwicklung und Herstellung von Massenvernichtungswaffen.

Seit 1991 ist der Irak jedoch keine Gefahr mehr für seine Nachbarstaaten. Der Irak war und ist der am meisten abgerüstete und am strengsten von UN-Inspektoren kontrollierte Staat der Welt. Der Irak war also nicht in der Lage weder die USA noch Europa militärisch zu bedrohen, und er war erst recht keine Bedrohung für den Weltfrieden.

Der Irak wurde nicht deshalb angegriffen, weil er militärisch stark war, sondern gerade deshalb, weil er so schwach war.

Die Haltung des Weltsicherheitsrats war für die Entscheidung der US-Regierung von Anfang an zweitrangig. Der Krieg gegen den Irak – ob mit oder ohne Genehmigung der UNO – war seit langem beschlossene Sache. Wesley Clark, ehemaliger Oberbefehlshaber der NATO in Europa (er hatte 1999 das Oberkommando im NATO-Krieg gegen Jugoslawien), erklärte Anfang Februar, dass die Entscheidung, militärisch gegen den Irak vorzugehen, bereits kurz nach dem 11. September 2001 gefallen ist. Clark äußerte bei dieser Gelegenheit, dass "Syrien und Iran als nächste dran" seien. (Interview in Welt am Sonntag, 9.2.2003). US-Verteidigungsminister Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz und Pentagon-Berater Richard Perle drängten den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton aber bereits im Januar 1998 "zur Beseitigung des Saddam-Regimes".

Die Pläne für die derzeitige US-Politik und den "Globalen Krieg" wurden bereits in den 70er Jahren von denen entworfen, die sie heute durchsetzen. Conrad Schuhler: "Der 'Krieg gegen den Terror', der aggressive Unilateralismus der USA entspringt nicht den Terrorakten von Al Kaida oder anderen, sondern wird getrieben von den Interessen der in der Bush-Regierung dominanten Kapitalfraktionen, die schon in den Siebzigern damit begonnen hatten, einen Brain Trust zu organisieren, der schließlich den politischen Diskurs und dann die praktische Politik der Regierung bestimmen sollte. Die Gruppe wurde in den Siebzigern von Rumsfeld, damals Verteidigungsminister in der Ford-Regierung, und von Cheney, Stabschef von Präsident Ford, ins Leben gerufen. In den Reagan-Jahren stießen die radikalsten Vordenker der Rechten hinzu, unter ihnen Paul Wolfowitz, Richard Perle, Elliott Abrams und Zalmay Khalilzad. Unter der Leitung von Dick Cheney, dem damaligen Verteidigungsminister, schrieb die Gruppe ihr

#### Saddam Hussein und Donald Rumsfeld arbeiten Hand in Hand (Der Spiegel)

1983 setzte die damalige US-Regierung alles daran, das Saddam-Regime zum Machtfaktor im Nahen Osten aufzubauen. US-Präsident Reagan schickte den heutigen Pentagon-Chef Donald Rumsfeld als Sonderbeauftragten nach Bagdad. Das Treffen mit Saddam Hussein verlief in bester Harmonie. In einer diplomatischen Depesche betonte Rumsfeld anschließend ausdrücklich die "Bereiche großer Gemeinsamkeiten" beider Staaten. Es wäre durchaus 'vorteilhaft für den Irak', wenn er 'seine natürliche Rolle in der Region ausfüllt, damit die Ambitionen anderer nicht überhand nehmen'. (...) Ein Kriegsausgang, der die Rolle des Irak schwäche, liegt nicht im westlichen Interesse. (...) Seit Monaten häufen sich Berichte über Iraks völkerrechtswidrigen Einsatz von chemischen Kampfstoffen im Iran, Rumsfeld erklärte jedoch voller Verständnis: 'Unabhängige und souveräne Nationen haben das Recht, Dinge zu tun, mit denen wir oder andere nicht einverstanden sind'. ('Der Spiegel' Nr. 47/2003)

Nach dem Rumsfeld-Besuch wird der Irak quasi zum Bündnispartner der USA. Saddam erhält logistische militärische Unterstützung, insbes. kriegswichtige Lagebilder amerikanischer Spionagesatelliten.

erstes großes Manifest: 'Orientierungspunkte zur Verteidigungsplanung für die Haushaltsjahre 1994-1999'. Als Autoren firmierten Wolfowitz und Khalilzay.

Das als 'No Rivals'-Plan in die Geschichte eingegangene Manifest erklärt nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems als das 'erste Ziel' der USA, 'das Wiederauftreten eines neuen Rivalen zu unterbinden'. Vielmehr müsste die US-Politik die 'modernen Industrienationen' davon 'abschrecken', 'unsere Führung in Frage zu stellen'. Man müsse mögliche Konkurrenten davon abhalten, 'eine größere regionale oder globale Rolle auch nur anzustreben'. 'Wir werden an der Verpflichtung festhalten, diese Fehlverhalten, die unsere Interessen bedrohen ..., zum Thema zu machen ... Verschiedene US-Interessen können in solchen Fällen eine Rolle spielen: der Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen, vor allem Öl vom Persischen Golf; die starke Vermehrung von Massenvernichtungswaffen und ballistischen Raketen, Bedrohung von US-Bürgern durch Terrorismus.'

1997 gründeten die unilateralistischen Politstrategen eine private Stiftung namens Project for the New American Century (Pnac – Projekt für das neue amerikanische Jahrhundert), in dessen Gründungsauftrag sie versprechen, 'Beistand zu sammeln für die globale Führung Amerikas' und dessen 'militärische Stärke und moralische Reinheit' wiederherzustellen. Zu den Stiftungsgründern zählen die schon einschlägig bekannten Politprofis Cheney, Rumsfeld, Wolfowitz, Khalilzad, Lewis Libby sowie die Publizisten Francis Fukuyama, William Bennett, Norman Podhoretz, Bill Kristol und Robert Kagan." (Conrad Schuhler: Unter Brüdern. a.a.O.)

"Am 26. Januar 1998 forderte diese Vereinigung in einem Brief an den damaligen Präsidenten Clinton die 'Beseitigung des Regimes von Saddam Hussein'. In Briefen an die Führer des Kongresses verlangten sie: 'Wir sollten eine starke militärische Präsenz der USA in dieser Region einrichten und aufrechterhalten, und wenn nötig, Saddam entmachten.' Offen erklärten sie, das Ziel sei die permanente koloniale Besetzung des Irak und die amerikanische Herrschaft über die ganze Region und ihres Öls. Unterzeichner dieses Manifests: Dick Cheney, heute Vizepräsident; I. Lewis Libby, heute Stabschef des Vizepräsidenten; Paul Wolfowitz, heute Stellvertreter von Verteidigungsminister Rumsfeld; Richard Armitage, heute Stellvertreter von Außenminister Powell; Richard Perle, heute Vorsitzender des Verteidigungspolitischen Beirats der Regierung und zahlreiche weitere führende Mitarbeiter der Bush-Regierung, die heute dieses Konzept für ein neues Jahrhundert amerikanischer Weltherrschaft durchsetzen will. Wie wenig die aktuelle Lage und irgendwelche Fakten im Irak mit dem Kriegswillen der USA zu tun haben, beweist auch die Direktive, die Verteidigungsminister Rumsfeld schon am 11.9.2001, am Tag der Anschläge von New York und Washington, an die Geheimdienste ausgab: 'Werten Sie danach, ob das Material gut genug ist, gleichzeitig den Schlag gegen Saddam Hussein zu führen. Nicht nur Osama bin Laden. Kehren Sie alles nach oben. Dinge, die damit zusammenhängen, und solche, die nicht.'" (Conrad Schuhler: Rede auf der Berliner Demonstration gegen den Irak-Krieg am 15. Februar 2003)

Im Juni 2002, zeichnet der Präsident vor den Absolventen der Elite-Militärakademie West Point das Bild der USA als gnadenlosen Weltpolizist, für den die bisherigen Regeln des Völkerrechts und der Friedenssicherung nicht mehr gelten. US-Amerikaner haben "jederzeit bereit zu sein, um ohne Zeitverlust in jeder dunklen Ecke der Welt zuschlagen zu können. Unsere Sicherheit verlangt von allen Amerikanern, resolut nach vorn zu schauen und bereit für präventive Schläge zu sein, wann immer das notwendig ist, um unsere Freiheit und unser Leben zu verteidigen ... Wir müssen die Schlacht auf dem Boden der Feinde führen, ihre Pläne vereiteln und den schlimmsten Bedrohungen begegnen, bevor sie auftauchen." (vgl. Clemens Ronnefeldt, zitiert nach C. Schuhler, Unter Brüdern, a.a.O.)

Am 19. September 2002, eineinhalb Monate vor der Verabschiedung der Irak-Resolution im UN-Sicherheitsrat, legte Präsident Bush dem Kongress einen Resolutionsentwurf vor, der ihn zum Krieg gegen den Irak auch ohne Zustimmung der UNO ermächtigen sollte. Im Januar 2003 bekräftigte US-Außenminister Colin Powell noch einmal ausdrücklich die Position seiner Regierung: "Wir haben immer klar gemacht, dass die USA auch ohne zweite Resolution handeln werden". Und dann sagte er: **"Wenn die internationale Gemeinschaft nicht bereit dazu ist, den Irak zu entwaffnen, dann werden die USA mit gleichgesinnten Nationen diese Verpflichtung alleine tragen."** (SZ, 18./19.1.2003)

## 5. Die Kriegsermächtigung durch den US-Kongress

Auszug aus der "Ermächtigungsresolution zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak 2002" (Beschl. von Senat und Repräsentantenhaus im US-amerikanischen Kongress am 10./11. Oktober 2002. – Gesamtwortlaut dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2002)

"...Der Irak stellt eine fortgesetzte Bedrohung für die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten sowie den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Golfregion dar und kommt auf eklatante und inakzeptable Weise nach wie vor nicht seinen internationalen Verpflichtungen nach, indem er unter anderem weiterhin chemische und biologische Waffen besitzt und entwickelt, sich aktiv um Atomwaffen bemüht und Terrororganisationen Unterschlupf gewährt und unterstützt. ...

Die vom Irak unter Beweis gestellte Fähigkeit und Bereitschaft Massenvernichtungswaffen einzusetzen, das Risiko, dass das gegenwärtige irakische Regime diese Waffen entweder bei einem Überraschungsangriff auf die Vereinigten Staaten oder gegen ihre Streitkräfte einsetzt oder sie internationalen Terroristen zur Verfügung stellt, die dies tun könnten, und das enorme Ausmaß an Schaden, der den Vereinigten Staaten und ihren Bürgern durch einen solchen Anschlag entstehen würde – all diese Gründe zusammengenommen rechtfertigen ein Vorgehen der Vereinigten Staaten zur Selbstverteidigung. ...

Der Präsident hat verfassungsgemäß die Autorität, Maßnahmen zu ergreifen, um internationale Terrorakte gegen die Vereinigten Staaten abzu-

wenden oder ihnen vorzubeugen. ... Es liegt im nationalen Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten, den internationalen Frieden und die Sicherheit in der Golfregion wiederherzustellen: Daher beschließen der Senat und das Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika im Kongress: Die gemeinsame Resolution wird als "Ermächtigungsresolution zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den Irak 2002" bezeichnet.

Ermächtigung: Der Präsident ist ermächtigt, die Streitkräfte der Vereinigten Staaten so einzusetzen, wie er es als notwendig und angemessen erachtet, um die nationale Sicherheit der Vereinigten Staaten gegen die fortgesetzte Bedrohung durch den Irak zu verteidigen und alle relevanten Irak-Resolutionen des UN-Sicherheitsrats durchzusetzen".

**"Aus bürokratischen Gründen setzten wir auf das Thema Massenvernichtungswaffen, weil es der einzige Grund war, bei dem jeder zustimmen konnte."**

US-Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz im Mai nach dem Krieg (zit. nach 'Spiegel', 24/2003)

## II. Die Beteiligung Deutschlands am Krieg gegen den Irak

"Deutschland wird sich nicht am Krieg gegen den Irak beteiligen", mit dieser Lüge hatte es Bundeskanzler Gerhard Schröder im September 2002 gerade noch einmal geschafft, die Bundestagswahlen zu gewinnen. Seine Anhänger feierten ihn als "Friedenskanzler".

Doch im krassen Gegensatz zur öffentlich verkündeten Kriegsablehnung stand von Anfang an die praktische Unterstützung, die die Bundesregierung den USA und Großbritannien bei der Vorbereitung und der reibungslosen Durchführung des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen den Irak gewährte.

Deutschland war am Krieg direkt beteiligt:

Erstens als **zentrale logistische Drehscheibe** für die US-Kriegsmaschinerie, für die Truppen- und Kriegswaffentransporte in die Golfregion. Wohl wissend, dass die Vorbereitung und die Führung eines Angriffskrieges vom Grundgesetz (Artikel 26) verboten und ein Straftatbestand (§§ 80, 80a StGB) ist, wurde die Nutzung von Flughäfen und Militärstützpunkten erlaubt, wurden Überflugrechte für die US-amerikanischen und britischen Bombenflugzeuge erteilt.

Zweitens mit **Unterstützungsleistungen** der Bundeswehr, insbesondere durch die deutschen Besatzungen in den fliegenden Feuerleitstellen, den AWACS-Maschinen, mit den Fuchs-Spürpanzern in Kuwait, dem Geleitschutz für US-Kriegstransporte durch die Bundesmarine und mit Tausenden Bundeswehrsoldaten, die zur Bewachung amerikanischer Militäreinrichtungen abgestellt wurden.

## 1. Deutschland: logistische Drehscheibe für den Krieg

Beim NATO-Gipfel am 21./22. November 2002 in Prag garantierte Bundeskanzler Schröder den USA noch einmal ausdrücklich die uneingeschränkte Nutzung ihrer Militärbasen und volle Bewegungsfreiheit. Begründete wurden diese Zusicherungen mit Bündnisverpflichtungen, die von Deutschland – ungeachtet aller Meinungsverschiedenheiten – auf jeden Fall eingehalten werden. Die USA erhielten also ganz offiziell grünes Licht, obwohl der Bundesregierung bekannt war, dass der US-amerikanische Kongress dem US-Präsidenten die Kriegsermächtigung – auch ohne UN-Mandat – erteilt hatte.

Anfang Februar 2003 behauptete der Bundeskanzler zwar immer noch: "Eine direkte oder indirekte Beteiligung an einem Krieg wird es nicht geben", gleichzeitig garantierte er jedoch den Aggressoren uneingeschränkte Bewegungsfreiheit für ihre Angriffshandlungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik. In einem 'Stern'-Interview wurde ihm die Frage gestellt: "Welche Konsequenzen hätte es für die deutsche Unterstützung, wenn die USA den Irak ohne UN-Mandat angriffen?". Schröder: "Die gegenwärtige Lage lässt keinen Raum für Spekulationen. Nur so viel: Es geht hier nicht um Juristerei, sondern um eine politische Entscheidung. Ich habe immer erklärt, dass wir die Bewegungsfreiheit unserer Verbündeten nicht einschränken werden. Das bezieht sich auf die USA ebenso wie auf Großbritannien." (Stern, 8/2003 vom 12.2.03)

Am 17. Februar 2002 stimmte die Bundesregierung auf einer Sondertagung der EU-Regierungschefs einer gemeinsamen Erklärung zu, in der der Krieg "als letztes Mittel" gebilligt wurde. Der "Krieg" sei zwar "nicht unvermeidlich", erklärte der Europäische Rat in seinem Beschluss, "die Inspektionen können jedoch nicht unbegrenzt fortgesetzt werden."

Die 25 größten US-Militärstützpunkte in Deutschland waren ganz wesentlicher Bestandteil der militärischen Infrastruktur bei der Kriegführung gegen den Irak. Von den über 70.000 in Deutschland stationierten amerikanischen Soldaten erhielten im Februar und März Tausende den Marschbefehl in Richtung Golf. Wichtiges Kriegsmaterial, aber auch die 1. Panzerdivision der US-Army wurden z.B. über **Vielseck (Bayern)** und vor allem aus US-Kasernen aus Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz nach **Bremerhaven** transportiert und dort verschifft. Ebenso die 1. Panderdivision der Briten, die hier stationiert ist. Aus dem **Militärstützpunkt Wiesbaden** folgte die 1. Division samt einem Versorgungskommando. Ein großer Teil des V. Korps, das 40.000 Soldaten umfasst und sein **Hauptquartier in Heidelberg** hat, wurde zum Aufbau der Nordfront in die Golfregion geschickt. Aus **Mannheim** wurde z.B. eine Hubschrauberstaffel und eine Feldjägerbrigade nach Kuwait befehligt.

Die **US-Airbase Ramstein** ist der größte Stützpunkt der US-Luftwaffe außerhalb den USA. Von hier aus wurde schon die Luftversorgung der Soldaten für die Kriege auf dem Balkan und in Afghanistan organisiert. Die 86. Airlift Wing (AW) Germany hat laut Brigadegeneral Erwin F. Lessel

die Aufgabe "Luftbrücken zu bauen für den Transport von Menschen und Material, Hilfs- und Nachschubgüter aus der Luft abzuwerfen und Soldaten im Notfall zu evakuieren". **Ramstein** ist der größte Umschlagplatz der US-Luftwaffe in Europa und damit die zentrale Drehscheibe für den Krieg. Hier landeten und starteten die dickbäuchigen C-130 HERCULES und die gigantischen C-5 GALAXY. US-Logistiker, Ladeexperten und Piloten sorgten dafür, dass das aus den USA eingeflogene Kriegsgerät umgeladen und zu den Truppen am Golf ausgeflogen wurde. Auch Kriegsverbündete wie Großbritannien konnten diese US-Airbase für ihre Einsätze benutzen. Ganz in der Nähe befinden sich das US-Militärkrankenhaus **Landstuhl** und der Militärstützpunkt **Baumholder**, wo 8.000 US-Soldaten stationiert sind. Diese Base diente ebenfalls – wie schon im Afghanistan-Krieg – als Luftbrücke ins Kriegsgebiet.

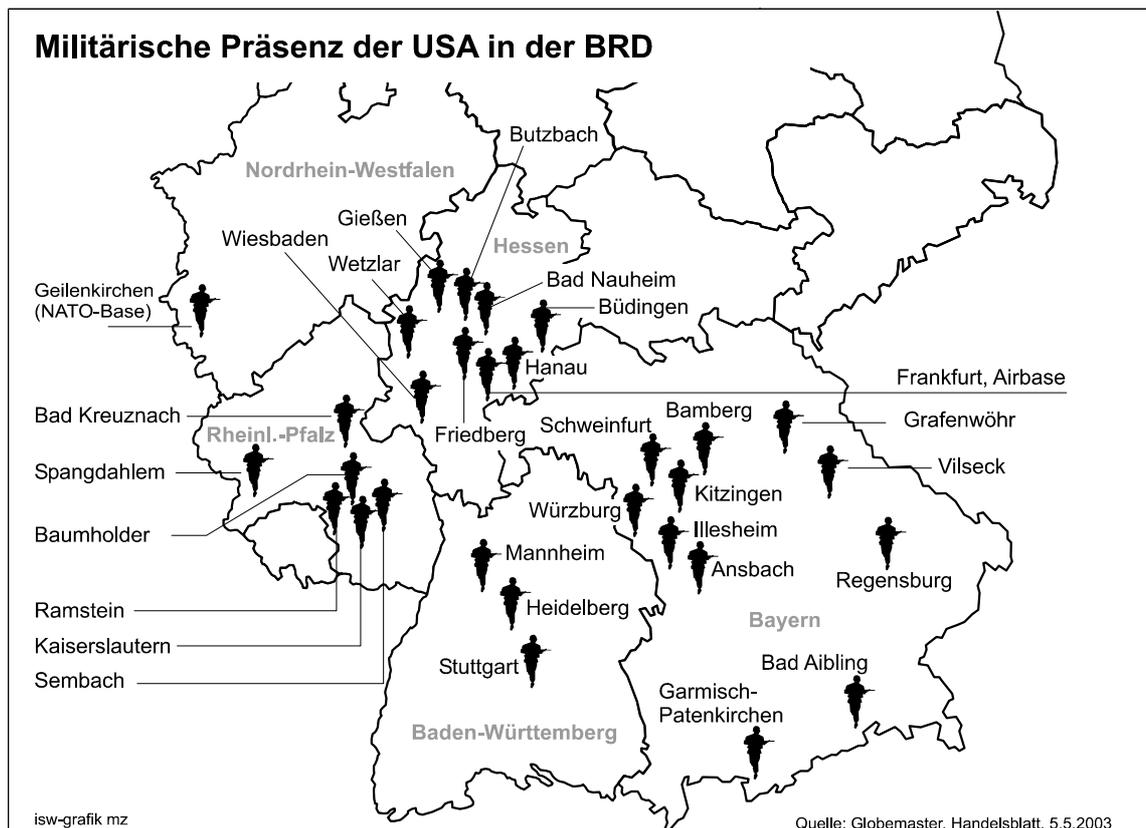
Weiterhin spielt die **US-Airbase Spangdahlem** in der Eifel eine wichtige militärische Rolle. Der Standort soll bis 2005 so ausgebaut werden, dass er die Rhein-Main-Airbase ersetzen kann. In Spangdahlem gibt es bereits 92 Flugzeugbunker und 70 Munitionsbunker. Von hier aus startet auch der berühmte Tarnkappenbomber F-117-A. Im Oktober 2002 meldete die Presse: "Die USA haben vier Tarnkappenbomber vom Typ Night Hawk von New Mexico auf den Stützpunkt Spangdahlem (Rheinland-Pfalz) verlegt. Derzeit werden nach Air Force-Angabe Starts und Landungen geübt. Die Bomber (Stückpreis: 100 Millionen US-Dollar) hatten im Golfkrieg 1991 mit ihren laser-gesteuerten Raketen 40 Prozent aller Ziele im Irak getroffen." (Bild-Zeitung, 16.10.2002) Auf dem Militärflughafen sind 5.000 Soldaten stationiert, mit drei Kampfschwadronen und einer Kontroll-

schwadron. Das hier stationierte 52. Jagdgeschwader der US-Armee wurde zu Beginn des Jahres 2003 in die Golfregion verlegt.

Maßgeblich beteiligt am Truppentransport in die Golfregion war auch die **Rhein-Main-Airbase in Frankfurt**, die zweite große Drehscheibe der US-Airforce. Hier sind die mächtigen Tankflugzeuge KC-135 Stratotanker stationiert, die Kampfflugszeuge und Transportflugzeuge in der Luft betanken. Hier starteten pausenlos Maschinen direkt an die Kriegsfrente – beladen mit Bomben, Kriegsgerät und Soldaten. Auf dem Rückflug brachten sie verwundete Soldaten zurück, die in Wiesbaden oder Landstuhl in US-Krankenhäusern behandelt wurden.

Die Bundesregierung hatte den Aggressorstaaten **pauschale Überflugrechte** über deutsches Territorium gewährt. Ebenso wie in Ramstein, konnten auf der Airbase Frankfurt amerikanische Militärtransporter (Galaxy und Globemaster) ihren Zwischenstopp auf dem Weg in die Kriegsregion einlegen. Überflogen wurde die Bundesrepublik, wie ein Sprecher des Verkehrsministeriums in Berlin bestätigte, auch von den aus Großbritannien kommenden US-Bombern des Typs B-52, die auf diese Weise den Irak auf direktem Wege anfliegen und dort ihre Tod- und Verwüstung bringende Last abwerfen konnten. Die amerikanischen und britischen Flugzeuge wurden nach den Angaben des Sprechers wie Zivilmaschinen über den deutschen Luftraum "durchkoordiniert".

Seit Anfang Februar 2003 wurden ganze Divisionen, Corps und andere Bataillone von den verschiedenen Militärbasen in Deutschland, wie Ansbach, Gießen-Friedberg, Bad Kreuznach, Bamberg, Darmstadt, Büdingen, Hanau, Illesheim, Kitzingen, Schweinfurt, usw. an den Golf verlagert.



Grafenwöhr (Oberpfalz), **der größte US-Truppenübungsplatz in Europa**, diente bereits beim Golfkrieg 1991 als wichtigstes US-Trainingslager. Anfang des Jahres fand dort als direkte Kriegsvorbereitung das virtuelle Manöver "Victory Scrimmage" statt: 1.000 US-Offiziere übten einen Computer-simulierten Angriff auf den Irak. Zusätzlich wurde auf dem riesigen Gelände ein Hightech-Manöver durchgeführt. Tausende US-Ranger und Marines wurden hier trainiert und dann in den Irak verschickt. Für die Vorbereitungen auf den Häuserkampf wurden zivile Statisten aus Grafenwöhr angeheuert.

Über den Ausgang **Vielseck** wurden hunderte von Kettenfahrzeugen, schweres Kriegsgerät, LKW und Bulldozer sowie Waffen und Munition aus dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr an die Irak-Front verladen.

Demnächst sollen in Grafenwöhr alle in Deutschland befindlichen US-Spezialeinheiten zu einer weltweit agierenden "Schnellen Eingreiftruppe" zusammengelegt werden. Der 21.000 Hektar große Truppenübungsplatz soll für rund 3.000 zusätzliche US-Soldaten und 5.500 Familienangehörige ausgebaut werden. Für den Ausbau der neuen Infrastruktur auf dem Militärgelände hat das Pentagon 650 Millionen Euro vorgesehen.

In Geilenkirchen befindet sich die AWACS-Base. Sie ist seit 1982 die Kommandozentrale der NATO-AWACS-Maschinen, die im Irak-Krieg zum Einsatz kamen. An diesem Standort, in der Nähe von Aachen, sind 3.000 Soldaten und Zivilangestellte untergebracht. Die AWACS-Aufklärungsflugzeuge werden zur "Kommunikationsunterstützung bei Luftoperationen" und zur "Luftunterstützung für Bodentruppen" – überwiegend für die US-amerikanische Kriegsführung – eingesetzt.

Eine der bedeutendsten US-Militäreinrichtungen in Europa ist das **EUCOM in Stuttgart-Vaihingen**. Ein "virtueller Feldherrnhügel für die halbe Welt", wie die 'taz' titelte (13.1.2003). Das EUCOM (European Command), die europäische Kommandozentrale der US-Streitkräfte in Europa, ist keine NATO-Einrichtung, sondern untersteht direkt dem Pentagon und dem amerikanischen Präsidenten. Das EUCOM ist nicht nur zuständig für ganz Europa, sondern auch für Afrika, Russland, die ehemaligen Sowjetrepubliken in Zentralasien sowie für Israel, Syrien und Libanon. Alle US-Militäroperationen in diesen Ländern werden nicht etwa in den Vereinigten Staaten, sondern von Stuttgart aus koordiniert. Das EUCOM ist zugleich die Kommandozentrale für den (Erst-) Einsatz der in Europa und Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen. Etwa 1.200 Offiziere aller Waffengattungen arbeiten dort. Vom EUCOM wurde die Bombardierung Libyens (1986), des Irak (1991) und Jugoslawiens (1999) befehligt, ebenso wie die Operation "Northern Watch", die Kontrollflüge und Bombardements im Norden und Süden des Irak. (Diese beiden Flugverbotszonen waren eigenmächtig – ohne Mandat der UNO – von den USA, Großbritannien und Frankreich 1991 gegen den Irak verhängt worden).

"Deutschland bleibt wichtigster US-Standort", titelte die Süddeutsche Zeitung am 27. November 2003. Nach den Plänen der US-Regierung sollen 80 Prozent der 70.000 US-Soldaten weiterhin in

Deutschland stationiert bleiben. "Ausschlaggebend für die Entscheidung Washingtons" sei gewesen, dass "die in in Deutschland stationierten Einheiten fast ausnahmslos im Irak eingesetzt werden und die Truppen und ihre Familien keinen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden sollen. "Deutschland habe sich als zuverlässiger Bündnispartner erwiesen. Berlin habe keine Überflugrechte verweigert, die Standorte nicht reglementiert und die Kasernen zusätzlich bewacht", zitiert die SZ das Weiße Haus.

## 2. Die direkte und indirekte Beteiligung der Bundeswehr am Krieg

### Militärhilfe für die Türkei

Die Bundesregierung hat einem Beschluss der NATO zur militärischen Unterstützung der Türkei zugestimmt, der – so die offizielle Begründung – die Türkei vor einem drohenden Angriff des Irak schützen sollte und als Beistandsverpflichtung nach Art. V des NATO-Vertrages deklariert wurde.

Die Türkei war jedoch vom Irak in keiner Weise bedroht, sondern: Erklärte Absicht der türkischen Regierung war es von Anfang an, gemeinsam mit den US-Streitkräften in die kurdischen Gebiete des Nord-Irak einzumarschieren. Gleichzeitig war die Türkei von der US-Regierung als Aufmarschgebiet für 60.000 US-Soldaten und als Versorgungsbasis für die US-Truppen vorgesehen, die den Irak vom Norden her angreifen sollten. Diese Planung scheiterte schließlich am Mehrheitsvotum der Abgeordneten im türkischen Parlament. Die US-Armee erhielt jedoch die Erlaubnis, den türkischen Luftraum für den Einsatz von Marschflugkörpern gegen den Irak zu nutzen. Damit war die Türkei eingebunden in die Kriegsoperationen der US-Aggressoren.

Die Bundesregierung hatte die Entsendung von ABC-Spezialeinheiten der Bundeswehr, die Lieferung von Patriot-Luftabwehrraketen und die deutsche Beteiligung an den AWACS-Einsätzen an der Grenze zwischen der Türkei und dem Irak zugesagt. Ohne großes Aufsehen wurden die Patriot-Raketen – aus kosmetischen Gründen über die Niederlande – in die Türkei verschifft.

### AWACS-Einsätze

Die NATO-AWACS-"Aufklärungsflugzeuge", deren Besatzung zu einem Drittel von der Bundeswehr gestellt werden, sind – anders, als der Name sagt – fliegende Gefechtsstände! Im Radius von 400 km ermöglichen sie eine genaue Zielplanung für elektronisch gesteuerte Waffensysteme. Sie können sowohl zur Abwehr feindlicher Flugkörper, aber ebenso für die Zielsteuerung eigener Raketenangriffe genutzt werden.

Die AWACS-Einsätze führten zu einem parlamentarischen Scheingefecht. Die FDP forderte eine Entscheidung des Bundestages – nicht etwa, um eine Beteiligung der Bundeswehr zu verhindern, sondern ausdrücklich, um eine Bundestagszustimmung durchzusetzen, die mit den Stimmen der CDU/CSU und der FDP auf jeden Fall sicher war.

Das AWACS-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994 verlangt für den Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebiets die vorherige Zustimmung des Bundestages. Die Bundesregierung behauptete jedoch, dass die AWACS-Flüge an der irakisch-türkischen Grenze nichts mit dem bevorstehenden amerikanisch-britischen Angriffskrieg zu tun hätten, sondern lediglich dem Schutz eines NATO-Bündnispartners dienen würden. Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' gab dazu den bissigen Kommentar: "Dass Fernaufklärer, die hart an der irakischen Grenze entlang fliegen, ihre Antennen nur auf den Boden unter sich richten, wird wohl niemand annehmen." (FAZ, 18.3.2003)

### Fuchs-Spürpanzer

Kriegsunterstützung waren auch die in Kuwait stationierten ABC-Abwehrkräfte der Bundeswehr mit ihren sechs Fuchs-Spürpanzern. Sie wurden trotz der von den USA offen verkündeten Angriffspläne nicht aus Kuwait abgezogen, sondern zu Beginn des Krieges um weitere 100 Bundeswehrsoldaten verstärkt.

### Bundesmarine

Ebenfalls beteiligt am Krieg war die Bundesmarine am **Horn von Afrika**. Sie gaben den US-amerikanischen Seetransportern Geleitschutz auf dem Weg in den persischen Golf.

Der ARD-Weltspiegel begleitete die Fregatte der deutschen Marine "Mecklenburg-Vorpommern" bei ihrem Einsatz im Rahmen von "Enduring Freedom" am südlichen Ausgang des Roten Meeres. Am 9. März 2003 berichtete das ARD-Team über den deutschen Geleitschutz für das Transportschiff "Gordon" der US-Navy. Bei der "Gordon" handelt es sich nach Informationen der FAS (Federation of American Scientists) um ein ca. 290 Meter langes Roll-on/Roll-off-Transportschiff, das u.a. 58 Panzer und über 900 Lastwagen sowie Ausrüstung zur Unterstützung von Kampfaufträgen transportieren kann. Damit ist die "Gordon" eines von 19 sog. LMSR (large, medium-speed, roll-on/roll-off ships) die nach den Erfahrungen des vorausgegangenen Golfkrieges (1991) zur Verbesserung der Seetransportkapazität um- oder neu gebaut wurden und selbst unbewaffnet sind. Der militärische Geleitschutz für unbewaffnete Kriegstransportschiffe wie die "Gordon" dürfte für die US-Navy eine höchst willkommene Unterstützung gewesen sein und die Eskorte durch die "Mecklenburg-Vorpommern" war mit Sicherheit nicht die einzige.

Auf der Homepage des ARD-Weltspiegels heißt es: "Die Kriegsschiffe des internationalen Verbandes im Seegebiet vor dem Horn von Afrika werden in den letzten Wochen immer mehr für solche Geleite eingesetzt. Die Wasserstraße gehört zu den am dichtesten befahrenen der Welt. Durch sie läuft ein großer Teil des Nachschubes für den Aufmarsch gegen den Irak. Die Grenzen zwischen dem Anti-Terroreinsatz und dem Aufmarsch gegen den Irak sind jedenfalls in der Vorbereitungsphase fließender geworden." So hatten die USA z.B. im März als verstärkten Begleitschutz für ihre Kriegsschiffe auf dem Weg zum Golf Raketenschnellboote der Bundeswehr für das Mittelmeer angefordert. Prompt sagte die Bundesregierung zu, einen solchen Einsatz zu prüfen. (vgl. HB, 31.3.03)

### Wacheschieben für die US-Armee

Kurz vor dem Krieg übernahm die Bundeswehr die Bewachung von 62 US-Kasernen (laut Bundesverteidigungsministerium. HB, 31.3.2003) und anderen Militäreinrichtungen der USA auf deutschem Boden. Die dafür eingesetzten ca. 3.700 Bundeswehrsoldaten waren – obwohl nicht im direkten Kriegseinsatz – eine willkommene Entlastungsaktion für die US-Truppen. Die dadurch in Deutschland nicht benötigten GIs konnten jetzt an die Front im Irak verlegt werden.

## III. Völkerrechts- und Verfassungsbruch durch die Bundesregierung

Der folgende Text beruht im Wesentlichen auf einer rechtlichen Einschätzung des Bundesvorstandes der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ), die bereits vor dem Irak-Krieg veröffentlicht wurde (siehe [www.vdj.de](http://www.vdj.de)) sowie einem Gutachten von Dieter Deiseroth, veröffentlicht in der Zeitschrift 'Wissenschaft und Frieden' (Nr. 1/2003).

### 1. Die UN-Charta

Der Krieg gegen den Irak, den die USA gemeinsam mit Großbritannien geführt haben, ist der klassische Fall eines völkerrechtswidrigen Angriffskrieges.

Die Charta der Vereinten Nationen verpflichtet alle Mitgliedstaaten, ihre Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen und sie verbietet jegliche gegen die territoriale Unversehrtheit eines anderen Staates gerichtete Androhung oder Anwendung von Gewalt.

### Ziele und Grundsätze der Charta der Vereinten Nationen

Artikel 2, Nr. 3:

"Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten **durch friedliche Mittel so bei, dass der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.**"

Artikel 2 Nr. 4:

"Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt".

Charta der Vereinten Nationen, Kapitel I

Einzige Ausnahme des allgemeinen Gewaltverbots ist das in Artikel 51 der UN-Charta festgelegte "Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen". Einzelstaatliche Gewaltanwendung ist selbst im Fall eines bewaffneten Angriffs nur so lange völker-

rechtlich gedeckt, solange der UN-Sicherheitsrat nicht selbst Maßnahmen zur Beendigung des Konflikts beschlossen hat.

"Ein Staat, der sich über diese Beschränkungen der einzelstaatlichen Gewaltanwendung in der UN-Charta hinwegsetzt und – unter von ihm definierten Voraussetzungen und Bedingungen – ein Recht zum Präventivkrieg in Anspruch nimmt, handelt damit völkerrechtswidrig. Er begeht eine Aggression." (Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Beirat der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V.; in: Wissenschaft und Frieden 1/2003)

Eine völkerrechtswidrige "Aggression" ist nach der am 14. Dezember 1974 beinahe einstimmig beschlossenen Resolution der UN-Generalversammlung die Erstanwendung von Waffengewalt durch einen Staat gegen die Souveränität, die territoriale Unversehrtheit eines anderen Staates. Eine Aggressionshandlung ist (wie in Art. 3 der Resolution 1/3314 festgelegt ist) auch die "Handlung eines Staates, die in seiner Duldung besteht, dass sein Hoheitsgebiet, das er einem anderen Staat zur Verfügung gestellt hat, von diesem anderen Staat dazu benutzt wird, eine Angriffshandlung gegen einen dritten Staat zu begehen".

**"Völkerrechtswidrig handelt danach aber nicht nur der Aggressor selbst, sondern auch derjenige Staat, der einem Aggressor hilft, etwa indem er auf seinem Hoheitsgebiet dessen kriegsrelevante Aktionen duldet oder gar unterstützt."** (Dieter Deiseroth, a.a.O.)

Die Gewährleistung internationaler Sicherheit ist nach der Charta der Vereinten Nationen nicht die Aufgabe irgend eines Staates, sondern ausschließlich Sache der Vereinten Nationen bzw. des UN-Sicherheitsrats. Nach Artikel 42 der UN-Charta kann nur der Weltsicherheitsrat eine Bedrohung des Weltfriedens feststellen und Maßnahmen beschließen – unter Umständen auch den Einsatz militärischer Gewalt –, um die internationale Sicherheit wieder herzustellen und zu gewährleisten.

Die nach der UN-Charta zwingend erforderlichen Voraussetzungen für eine solche Resolution lagen allerdings nicht vor, und der Weltsicherheitsrat hätte – selbst wenn eine Mehrheit dazu bereit gewesen wäre – militärische Gewaltmaßnahmen niemals beschließen dürfen. Schon gar nicht, nachdem die US-Regierung in aller Offenheit verkündet hatte, dass es ihr um einen Regimewechsel im Irak geht. Und die Bundesregierung hätte deshalb von vornherein klarstellen müssen, dass sie einen Beschluss, der die Prinzipien der UN-Charta verletzt, auf keinen Fall befolgen werde.

Die USA verzichteten schließlich auf eine Abstimmung, denn trotz beispielloser Pressionen von Seiten der US-Regierung weigerte sich die Mehrheit der Mitglieder des Weltsicherheitsrats, der von den USA geforderten Kriegsermächtigung zuzustimmen. Selbst enge Verbündete haben der Weltmacht USA die Gefolgschaft verweigert. Damit hat der Weltsicherheitsrat eindeutig klar gestellt, dass weder die Resolution 1441 noch alle anderen vorausgegangenen UN-Resolutionen die USA und Großbritannien zum Einsatz militärischer Gewalt gegen den Irak ermächtigen. Schließlich hat der UN-Sicherheitsrat in der Resolution unter Ziffer 14 selbst unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass er mit der Angelegenheit befasst

bleiben werde. Er hat klargestellt, dass er – wie in der UN-Charta vorgesehen – selbst darüber entscheiden will, welche Konsequenzen aus einem eventuellen Fehlverhalten des Irak im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Resolutionen gezogen werden sollen.

## 2. Verfassungsbruch der Regierung

Die Bundesregierung hat mit ihren Unterstützungsleistungen für die US-amerikanischen und britischen Truppen im Krieg gegen den Irak die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland gleich mehrfach gebrochen.

1. Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes lautet: **"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."**

Ginge es nach Recht und Gesetz, müssten diejenigen, die einen Angriffskrieg vorbereiten, also strafrechtlich verfolgt werden. Paragraph 80 des Strafgesetzbuches lautet:

**"Wer einen Angriffskrieg, an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft."**

Das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges schließt naturgemäß die Führung eines Angriffskrieges selbst und die Beteiligung daran ein.

2. Im "Zwei plus Vier"-Vertrag (vom 12.9.1990), mit dem die Siegermächte über Hitler-Deutschland der Vereinigung der beiden deutschen Staaten zugestimmt haben, steht in Artikel 2 die völkerrechtliche Verpflichtung:

**"Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird."**

3. Die Bundesrepublik Deutschland ist laut Verfassung gleichzeitig an die Normen des Völkerrechts gebunden, also an das nach der UN-Charta verbindliche Verbot der Anwendung von Gewalt gegen einen anderen Staat. Artikel 25 des Grundgesetzes lautet:

**"Die allgemeinen Regeln des Völkerrechtes sind Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes."**

Nach der Aggressionsdefinition der Vereinten Nationen (Beschluss der UN-Generalversammlung vom 14.12.1974) handelt derjenige Staat völkerrechtswidrig, der auf seinem Hoheitsgebiet kriegsrelevante Aktionen für einen Angriff auf einen anderen Staat duldet. Artikel 25 des Grundgesetzes verbietet somit auch jede indirekte Beteiligung, etwa logistische oder finanzielle Unterstützung eines Aggressors gegen einen Drittstaat.

4. Das Verbot der Vorbereitung und Führung eines Angriffskrieges gilt insbesondere für die Bundeswehr, deren Aufgabe nach dem Grundgesetz

ausschließlich die Landesverteidigung ist. Eindeutig steht in Art. 87a, Abs. 1 des Grundgesetzes: "Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf." Und nach Art. 115a, Abs. 1 des Grundgesetzes liegt der "Verteidigungsfall" vor, wenn "das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird, oder ein solcher Angriff unmittelbar droht". Auch der nach Art. 87a, Abs. 2, 3 und 4 "zulässige" Einsatz der Bundeswehr im Inneren ist an den "Verteidigungsfall" bzw. an eine "drohende Gefahr für die freiheitlich demokratische Grundordnung" gekoppelt.

Um eine Grundgesetzänderung zu umgehen, was mit Sicherheit eine wohl nicht erwünschte öffentliche Debatte auslösen würde und äußerst riskant wäre, beruft sich die Bundesregierung heute (beispielsweise in den neuen 'Verteidigungspolitischen Richtlinien', Ziffer 5) auf ein höchst umstrittenes Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1994. Das Gericht hatte am 12. Juli 1994 – unter Hinweis auf Artikel 24, Abs. 2 des Grundgesetzes – die AWACS-, Adria- und Somalia-Einsätze der Bundeswehr gebilligt.

Artikel 24, Abs. 2 GG lautet: "Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern". Das Bundesverfassungsgericht bewertete damals Militärbündnisse wie die NATO als "System kollektiver Sicherheit" und Kriegseinsätze, die der UN-Charta und selbst dem NATO-Vertrag widersprechen, als Maßnahmen "zur Wahrung des Friedens". Das Gericht interpretierte den Artikel als Ermächtigungsgrundlage für Auslandseinsätze der Bundeswehr – obwohl darin die "Streitkräfte" und eine "ausdrückliche Zulassung" ihres Einsatzes mit keinem Wort erwähnt sind. Dies ist aber nach Artikel 87a des Grundgesetzes explizit vorgeschrieben: "Außer zur Verteidigung dürfen Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zulässt." (Art. 87a, GG)

### 3. Die angeblichen Bündnisverpflichtungen Deutschlands

Selbst der NATO-Vertrag verbietet jeden Aggressionskrieg. Ein NATO-Staat, der eine Aggression plant und ausführt, verstößt nicht nur gegen die UN-Charta, sondern zugleich auch gegen Artikel 1 des "Nordatlantikvertrags". Darin haben sich alle NATO-Staaten verpflichtet, "in Übereinstimmung mit der Satzung der Vereinten Nationen jeden internationalen Streitfall, an dem sie beteiligt sind, auf friedlichem Wege so zu regeln, dass der internationale Friede, die Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden und sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltandrohung oder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar ist."

"Das heißt, ein nach Art. 51 der UN-Charta nicht gerechtfertigter "Präventivkrieg" kann auch niemals einen "NATO-Bündnisfall" nach Art. 5 des NATO-Vertrages auslösen und rechtfertigen. Was gegen die UN-Charta verstößt, kann und darf die NATO nicht beschließen und durchführen, auch

nicht auf Wunsch oder auf Druck einer verbündeten Regierung. Ein Angriffskrieg wird nicht durch die Ausrufung des NATO-Bündnisfalles zum Verteidigungskrieg." (Dieter Deiseroth, a.a.O.)

Auch Artikel 5 des NATO-Vertrages regelt die Beistandspflicht nur für den Verteidigungsfall. Er verpflichtet die Mitgliedsstaaten zum militärischen Beistand "im Falle eines bewaffneten Angriffs" gegen eine oder mehrere Vertragsparteien. Diese Voraussetzung für den "Bündnisfall" lag weder für den Afghanistan-Krieg noch im Falle des Irak vor.

#### Artikel 5 des NATO-Vertrags

"Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung des in Artikel 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leisten."

#### Das NATO-TRUPPEN-STATUT

Nach der Neufassung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppen-Statut von 1994 (ZA-NTS 1994) – als Folge der Aufhebung des Besatzungsregimes für Deutschland – brauchen die im Bundesgebiet stationierten US-Streitkräfte grundsätzlich jeweils die Genehmigung durch die deutsche Bundesregierung, wenn sie mit Land-, Wasser- oder Luftfahrzeugen in die Bundesrepublik "einreisen oder sich in und über dem Bundesgebiet bewegen" wollen (Art. 57 Abs. 1 Satz 1 ZA-NTS 1994).

Lediglich Militärtransporte und Truppenbewegungen von NATO-Kontingenten mit Aufgaben im Rahmen und im Auftrag der NATO "gelten als genehmigt". Das gleiche gilt für die in Deutschland gelegenen US-Stützpunkte. In diesen Liegenschaften dürfen die US-Streitkräfte nach Art. 53 Abs 1 ZA-NTS "die zur Erfüllung ihrer Verteidigungspflicht erforderlichen Maßnahmen treffen". Nach Abs. 2 der Vorschrift gilt dies "entsprechend für Maßnahmen im Luftraum über den Liegenschaften".

#### Bundestagsgutachten: Souverän in vollem Umfang

Im Fall eines Alleingangs gegen den Irak sind die USA nicht berechtigt, ihre Militärbasen in Deutschland sowie den deutschen Luftraum ohne ausdrückliche Genehmigung der Bundesregierung zu nutzen. Zu diesem Ergebnis kam ein bereits am 18. Dezember 2002 abgeschlossenes Gutachten von RD Kramer, Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages.

"... Durch den 'Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland' vom 12.9.1990 (Zwei-plus-Vier-Vertrag) wurde nicht nur die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht, sondern auch das Besatzungsrecht vollständig abgelöst und damit die deutsche Souveränität in vollem Umfang wieder hergestellt. Ausdruck dieser Souveränität war u.a. die am 29.3.1998 in Kraft getretene Änderung des Zusatzabkommens zum Truppenstatut, nach der 'Manöver und andere Übungen im Luftraum der Bundesrepublik' nunmehr der Zustimmung deutscher militärischer Behörden unterliegen bzw. inter-

nationalen Gepflogenheiten folgend, im Verkehrsrecht der ausländischen Streitkräfte das Erfordernis der Genehmigung der Bundesregierung beim Überschreiten der nationalen Grenzen eingeführt wurde."

Truppen der Vertragsparteien sind "... vorbehaltlich der Genehmigung der Bundesregierung berechtigt, mit Land-, Wasser- und Luftfahrzeugen in die Bundesrepublik einzureisen oder sich in und über dem Bundesgebiet zu bewegen."

"Fazit: NATO-Truppenstatut sowie Zusatzabkommen zum Truppenstatut sind im Zusammenhang mit dem Nordatlantikvertrag zu berücksichtigen. Liegen die Voraussetzungen des Bündnisfalls, wie bei einer präventiven militärischen Maßnahme, nicht vor, kann aus dem Truppenstatut sowie dem Zusatzabkommen für die Streitkräfte der Vereinigten Staaten von Amerika keine Berechtigung folgen, eigenständig präventive Angriffshandlungen über das Territorium der Bundesrepublik Deutschland zu führen. Eine derartige Berechtigung kann sich auch für das in Artikel 57 Abs. 1 Zusatzabkommen enthaltene Verkehrsrecht der ausländischen Streitkräfte bei einer Sinn und Zweck des Zusatzabkommens entsprechenden Auslegung nicht ergeben."

Der volle Wortlaut des Gutachtens in: junge welt, 1./2.12.2003.  
www.jungewelt.de

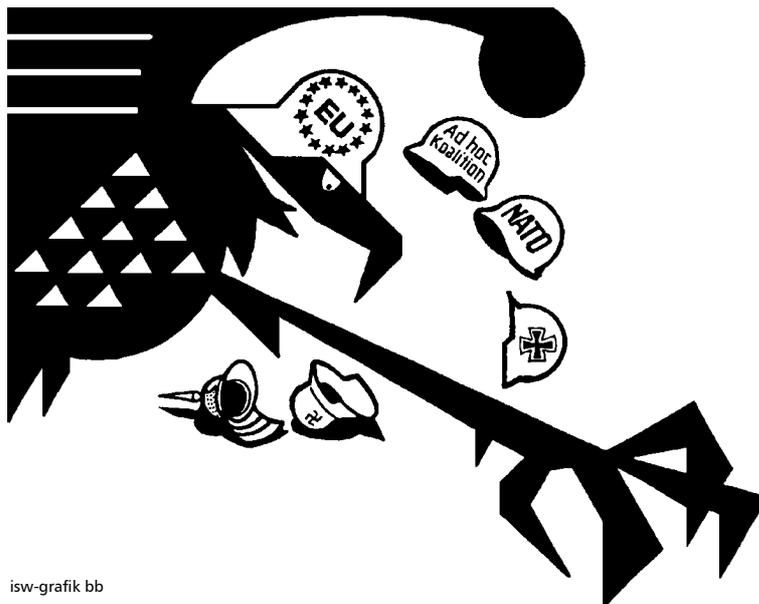
Nachdem der Krieg gegen den Irak eine rein US-nationale Entscheidung war – nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch ein Verstoß gegen den NATO-Vertrag – gab es keinerlei Beistandsverpflichtung, weder für die eigenen militärischen Unterstützungsleistungen, weder für die Duldung der Nutzung der militärischen Infrastruktur in Deutschland, noch für die Genehmigung von Militärtransporten und von Überflugrechten. Im Gegenteil: Die Bundesregierung hätte all das untersagen und jede eigene Hilfsleistung verweigern müssen.

## IV. Mörderische Konsequenzen deutscher Politik

### 1. Globale Kriegsstrategie Deutschlands und der EU

Nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus gab es einen weitgehenden gesellschaftlichen Konsens in der Bundesrepublik: "Von deutschem Boden soll nie wieder Krieg ausgehen." Heute rühmt sich Bundeskanzler Gerhard Schröder, "diese traditionelle Tabuisierung des Militärischen durchbrochen" zu haben. Das, was jahrzehntelang undenkbar gewesen ist, gilt heute wieder als "normal". Die Bundeswehr wird zum Instrument deutscher Außenpolitik. Krieg ist wieder Mittel der Politik, Mittel zur Durchsetzung deutscher Interessen und globaler Machtansprüche.

Die entscheidende "Zäsur" (Schröder) war der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien. 1999 beteiligte sich die Bundeswehr 78 Tage lang an der Bombardierung jugoslawischer Städte, bei der fast die gesamte zivile Infrastruktur des Landes zerstört wurde. Der Krieg wurde damals mit ähnlich dreisten Lügen begründet, wie sie die US-Regierung zur Rechtfertigung des Irak-Krieges verbreitet hat. Ein UN-Mandat, auf das die Bundesregierung heute angeblich so großen Wert legt, wurde damals gar nicht erst in Erwägung gezogen.



isw-grafik bb

"Noch vor zehn Jahren hätte niemand von uns erwartet, dass Deutschland sich anders als durch so etwas wie 'sekundäre Hilfsleistungen' – also Zur-Verfügung-Stellung von Infrastruktur oder Gewährung von Finanzmitteln – an internationalen Bemühungen zur Sicherung von Freiheit, Gerechtigkeit und Stabilität beteiligt. ... Diese Etappe deutscher Nachkriegspolitik ... ist unwiederbringlich vorbei. Gerade wir Deutschen ... haben nun auch eine Verpflichtung, unserer neuen Verantwortung umfassend gerecht zu werden. Das schließt – und das sage ich unmissverständlich – auch die Beteiligung an militärische Operationen zur Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten, zur Herstellung von Stabilität und Sicherheit ausdrücklich ein." (Bundeskanzler Schröder, Regierungserklärung Oktober 2001)

Am 16. November 2001 stimmte der Bundestag – unter massivem, ultimativem Druck des Bundeskanzlers – einer "Kriegsermächtigung" zur "Beteiligung der deutschen Streitkräfte an der 'Operation Enduring Freedom'" zu. "Deutschland ist bereit zu militärischen Risiken", erklärte Bundeskanzler Schröder im Vorfeld. Den USA wurde ein Hilfsangebot nach dem anderen gemacht, der Einsatz deutscher Truppen in Afghanistan wurde von der Bundesregierung geradezu herbeigebettelt. Eine völkerrechtliche Legitimation hielt man diesmal genauso wenig für nötig, wie im Krieg gegen Jugoslawien. Für diesen Einsatz "bewaffneter deutscher Streitkräfte" beschloss der Bundestag "die Bereitstellung von 3.900 Bundeswehrsoldaten". Das Einsatzgebiet: "die arabische Halbinsel, Mittel- und Zentralasien, Nord-Ost-Afrika sowie die angrenzenden Seegebiete".

Am 14. November 2003 beschloss der Bundestag, das Mandat für "Enduring Freedom" erneut um weitere 12 Monate zu verlängern. Ein möglicher Einsatz wurde auf 3.100 Bundeswehrsoldaten reduziert. Das beschlossene Gesamtpotenzial wurde schon in den vergangenen zwei Jahren nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft. Nach dem Abzug der Elitekampftruppe "Kommando Spezialkräfte" (KSK) aus Afghanistan sowie der Fuchs-Spürpanzer und ABC-Abwehrkräfte aus Kuwait

werden nach offiziellen Angaben zur Zeit (Oktober 2003) rund 710 Soldaten für "Enduring Freedom) benötigt.

Es handelt sich also um einen Vorratsbeschluss. Kampfeinsätze der Bundeswehr können somit jederzeit von der Bundesregierung um das Vielfache ausgeweitet werden, ohne dass der Bundestag damit befasst wird oder zustimmen muss. Er ist ein Freibrief, eine Kriegsermächtigung für die Regierung.

Nach aktuellen Angaben des Bundesverteidigungsministeriums sind derzeit rund 7.300 Bundeswehrsoldaten (demnächst rund 8.000) auf einem Drittel des Globus im Einsatz, vorwiegend als Besatzungstruppen in den NATO- oder EU-Protektoraten: 1.820 in Afghanistan und Usbekistan (die um rund 400 für den neuen Einsatz in Kunduz aufgestockt werden sollen), 3.350 im Kosovo, 1.320 in Bosnien-Herzegowina, 52 in Mazedonien, 11 in Georgien und 710 im Rahmen des Einsatzes der Bundesmarine am Horn von Afrika und im Mittelmeer sowie auf Stützpunkten in Bahrain, Djibuti und in Kenia. Ganz nebenbei schickte die Bundesregierung im Juni 350 deutsche Soldaten nach Uganda zu einem (inzwischen beendeten) EU-Einsatz im Kongo – ein Probelauf für zukünftige EU-geführte Militärinterventionen. "Für Einsätze der Bundeswehr im Ausland scheint es Tabus nicht mehr zu geben. Sie wird mehr und mehr zu einem Instrument weltumspannender Politik deutscher Regierungen." (Spiegel, 25/2003)

Die Kosten der weltweiten Kriegseinsätze der Bundeswehr liegen im Jahr 2003 bei rund 1,4 Milliarden Euro. 2002 waren sie auf den bisherigen Spitzenwert von gut 1,5 Milliarden Euro gestiegen. (Deutscher Bundestag, Drucksache 15/1880, Stand: 31. Oktober 2003.) Jeder Soldat und jede Soldatin im Auslandseinsatz kostet den Steuerzahler also rund 16.000 Euro monatlich.

### **Die Regierung verabschiedet sich endgültig vom Grundgesetz**

Die Regierungen Deutschlands und der EU-Staaten ziehen ihre eigenen Lehren aus dem Krieg. Seit dem offiziellen Kriegsende wird mittels einer Medienkampagne versucht, die großen Antikriegsproteste in Europa in euronationalistische Bahnen zu lenken. Von der Bundesregierung bis zu Politikern der CDU/CSU versucht man uns weis zu machen, die Lehre aus dem Irakkrieg und die richtige Konsequenz nach dem militärischen Alleingang der USA sei ein starkes Europa. Die EU müsse jetzt noch größere Anstrengungen unternehmen, um eigenständig militärisch handlungsfähig zu werden. Als Alternative zur aggressiven US-Politik, quasi als zivilisatorisches Gegengewicht wird uns die Militärmacht Europa angepriesen.

Alles, was in Kapitel III. über die Verfassungswidrigkeit der deutschen Beteiligung am Angriffskrieg gegen den Irak gesagt wurde, gilt in gleichem Maße für die neuen militärstrategischen Weichenstellungen seit Anfang der 90er Jahre und für den Umbau der Bundeswehr zur weltweit einsetzbaren Interventionsstreitmacht. Mit den neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" (VPR), die am 20. Mai 2003 von Kriegsminister Peter Struck verkündet und vom Bundeskabinett abgesegnet wurden, hat sich die Bundesregierung jetzt ganz offiziell vom Grundgesetz verabschiedet.

### **Die neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" (VPR)**

Die VPR sind die "verbindliche Grundlage für die Verteidigungspolitik" und "bestimmen den Auftrag der Bundeswehr". Die "Richtlinien" dokumentieren mit geradezu unverfrorener Selbstverständlichkeit die Verfassungswidrigkeit der derzeitigen und zukünftigen Einsatzaufgaben der Bundeswehr. Ausdrücklich wird festgestellt: Für die im Grundgesetz definierte Landesverteidigung, ("wenn das Bundesgebiet angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar bevorsteht", GG Art. 115a: Feststellung des Verteidigungsfalls), wird die Bundeswehr "nicht mehr benötigt" (Ziffer 62 der VPR). Zutreffend wird festgestellt, dass es "eine Gefährdung deutschen Territoriums durch konventionelle Streitkräfte derzeit und auf absehbare Zeit nicht gibt" (Ziffer 9). Landesverteidigung "entspricht (deshalb) nicht mehr den aktuellen sicherheitspolitischen Erfordernissen" (Ziffer 12). Laut Peter Struck wird Deutschland heute "am Hindukusch verteidigt", rund 5.000 Kilometer weit weg von den deutschen Grenzen. Diese Äußerung war nicht nur so dahin gesagt, wie Struck auf einer Pressekonferenz am 21. Februar 2003 ausdrücklich betonte: "Der damals nicht unumstrittene Satz gilt: Deutschland wird auch am Hindukusch verteidigt." In einem Interview mit dem online-Dienst seines Ministeriums erklärte der Verteidigungsminister: "Landesverteidigung ist nicht mehr die erste Priorität. Wir brauchen mehr Truppen, die im Ausland eingesetzt werden können ... Wir müssen in der Lage sein, über 50.000 Mann in Auslandseinsätzen halten zu können oder alternativ dazu mehrere kleine Auslandseinsätze mit bis zu 10.000 Mann zu bewältigen." In den neuen VPR ist jetzt von einem "weiten und umfassenden Verständnis deutscher Sicherheitspolitik" die Rede – eine Umschreibung für die neue aggressive Militärstrategie Deutschlands.

Der Irak-Krieg hat dafür noch einmal neuen Zündstoff geliefert. Bundeswehr-Generalinspekteur Schneiderhahn stellte im Zusammenhang mit dem (damals) bevorstehenden Krieg fest, dass eine neue "Lage eingetreten" sei, die es "rechtfertigt, von den bisher gültigen Maßstäben abzuweichen". Deutschland stehe vor einem "Problem, ... das sich für die Bundeswehr und das sicherheitspolitische Denken der Bundesrepublik offiziell bisher nicht gestellt hat". Laut dachte er darüber nach, ob es richtig sein kann, "abzuwarten, ob man von einem anderen angegriffen wird" oder ob es nicht besser sei, "sich gegen diese mögliche Gefahr vorausseilend zu schützen und selbst die Initiative zu ergreifen". (FAZ, 23.1.2003)

Zwei Monate vor der Verkündung der neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien war diese Aufforderung, "von bisher gültigen Maßstäben abzuweichen" nichts anderes als ein Plädoyer dafür, die US-Präventiv-Kriegsdoktrin zu übernehmen. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung bezeichnete Schneiderhahns "'Äußerungen" als ein "Revolutionär neues Verständnis von Verteidigung" ... "Es verändert nicht nur den möglichen Operationsraum der Bundeswehr, sondern auch das Verständnis, ja sogar die Definition dessen, was 'Verteidigung' im Sprachgebrauch der Bundeswehr seit dem Tag ihrer Gründung bedeutet hat." (FAZ, 23.1.2003).

### **An Stelle von Landesverteidigung: Weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr**

In den neuen "Verteidigungspolitischen Richtlinien" wird die von der Vorgängerregierung entwickelte aggressive Außen- und Militärpolitik fortgeschrieben und zur "verbindlichen Grundlage" für die sog. "Streitkräfte der Zukunft". Das Einsatzspektrum der Bundeswehr sind Kriegseinsätze rund um den Globus. Wörtlich: "Künftige Einsätze lassen sich weder hinsichtlich ihrer Intensität noch geografisch eingrenzen. Der politische Zweck bestimmt Ziel, Ort, Dauer und Art eines Einsatzes." (Ziffer 57). Der politische Zweck heiligt also die Mittel. Unmissverständlich wird die Bundeswehr als Instrument imperialistischer Einflussnahme definiert: "Die Bundeswehr", heißt es, "sichert die außenpolitische Handlungsfähigkeit" Deutschlands (Ziffer 71). Sie sei ein "unverzichtbares Instrument", "unabdingbar, um die Interessen (Deutschlands) und seinen internationalen Einfluss zu wahren" (Ziffern 72 und 73).

Die Interessen Deutschlands? In den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 wurde unter dieser Chiffre der eigene Anspruch "auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" angemeldet. Erstmals in einem offiziellen Regierungsdokument wurden damals Großmachtsprüche formuliert, die mit Hilfe Europas durchgesetzt werden sollten. Unter besonderer Betonung der "legitimen nationalen Interessen Deutschlands" wurde die "Entwicklung Europas zum globalen Akteur" zu einer "Aufgabe von strategischem Rang" erklärt. Die EU-Militärmacht wurde zum zentralen Projekt deutscher Außenpolitik. Europäische Streitkräfte müssten "in Krisensituationen handlungsfähig sein, in denen die NATO nicht in der Lage oder willens ist, einzugreifen".

Das Projekt einer europäischen Militärmacht ist seit den EU-Gipfeln von Köln und Helsinki im Jahr 1999 (wo die entscheidenden Beschlüsse gefasst wurden) insbesondere von Deutschland und Frankreich mit großer Zielstrebigkeit vorangetrieben worden. Bereits Ende 2003 soll die "Schnelle Eingreiftruppe" der EU einsatzbereit sein. Die Bundeswehr stellt mit 18.000 Soldaten das mit Abstand größte Kontingent für die EU-Streitmacht. 108 der 383 Kampfflugzeuge stellt Deutschland. Und ab 2005 wird das radargestützte Satellitensystem SAR-Lupe der Bundeswehr eine herausragende Stellung verschaffen.

Die Europäische Union steht mit rund 170 Mrd. Euro nach den USA an zweiter Stelle bei den weltweiten Militärausgaben. (Der Schlussbericht Gruppe 8 des Europäischen Konvents beziffert die Militärausgaben der 15 EU-Staaten auf exakt 170,7 Milliarden Euro. vgl. Andreas Wehr, in: junge welt, 28.7.2003)

Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der EU zu einem militärischen Machtfaktor, siehe isw-report 56. Arno Neuber: Militärmacht Europa.

### **Ein Neuer Kraftakt für die Militärmacht Europa**

Wie ernst Deutschland und Frankreich ihr Bestreben nehmen, die Unabhängigkeit der EU-Militärmacht von den USA auch zu institutionalisieren, machte der Brüsseler "Vierergipfel" Ende April 2003 deutlich, auf dem die Regierungschefs von

Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Belgien eine neue Initiative für "verstärkte militärische Fähigkeiten" der EU starteten.

Nach dem militärischen Alleingang der USA gegen den Irak und den damit einher gehenden transatlantischen Verstimmungen zogen die vier Regierungschefs die Schlussfolgerung: Die EU-Militärmacht müsse durch "neue Impulse" und mit "neuem Schwung" vorangebracht werden. In ihrer gemeinsamen Erklärung vom 29. April 2003 verkündeten sie: "Glaubwürdig – und somit wirksam – ist Diplomatie nur, wenn sie sich auf wirksame zivile und militärische Fähigkeiten stützen kann". Jetzt sei "der Zeitpunkt gekommen ... eine neue Phase einzuleiten ... zur Schaffung Europas, das auf verstärkten militärischen Fähigkeiten gründet".

Dem EU-Konvent und für den Verfassungsvertrag werden weitreichende Vorschläge gemacht. So zum Beispiel:

- Die Aufforderung für "eine Neuformulierung der Petersberg-Aufgaben, die es der EU ermöglichen ... militärische Mittel einzusetzen ... um Krisen, einschließlich anspruchsvollster Aufgaben zu bewältigen;
- Die "Schaffung einer europäischen Agentur für Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten", um dazu beizutragen, "eine wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie zu schaffen."

### **Kerneuropa als Lokomotive**

Zentrales Anliegen der Initiative des Viererclubs ist die Bildung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungs-Union (ESVU): eines Kerns entschlossener Staaten, die die Entwicklung der EU zur Militärmacht vorantreiben. "Alle Mitgliedstaaten, die dies wünschen ... die bereit sind, raschere und weiterreichende Fortschritte bei der Verstärkung ihrer (militärischen) Zusammenarbeit zu erzielen ... soll es möglich sein, Verpflichtungen einzugehen", denen zögerliche EU-Länder nicht zustimmen müssen, und die für diese auch (noch) nicht bindend seien.

Die an der ESVU beteiligten Staaten sollen den militärischen Kern innerhalb der EU bilden. Sie verpflichten sich zum militärischem Beistand und sie verpflichten sich, "ihre militärischen Fähigkeiten auszubauen", ihre Anstrengungen "bei Investitionen in die militärische Ausrüstung zu verstärken" und durch "Bündelung ihrer Mittel und Fähigkeiten zur Stärkung der Effizienz bei(zu)tragen". Ziel ist:

- "Die Schaffung einer europäischen schnellen Reaktionsfähigkeit ... für europäische Einsätze"
- "Die Einrichtung eines europäischen strategischen Lufttransportkommandos" und als Voraussetzung die "Beteiligung am A-400M-Programm für den strategischen Lufttransport".
- "Die Stärkung der europäischen Fähigkeiten im Bereich "Planung und Einsatzführung", um Militäreinsätze auch "ohne Mittel und Fähigkeiten der NATO ... selbstständig durchzuführen".

Selbstverständlich soll die ESVU allen derzeitigen und künftigen Mitgliedstaaten der EU offen stehen. Der "harte Kern" mit Deutschland und Frankreich an der Spitze will jedoch voran gehen. Sie wollen, so die Ankündigung in der Erklärung des Vierergipfels, "den Nukleus einer kollektiven (militärischen) Kapazität schaffen, den sie der EU an-

stelle nationaler Mittel für die operative Planung und Führung EU-geführter Operationen zur Verfügung stellen".

(Alle Zitate aus "Verstärkte militärische Fähigkeiten", Gemeinsame Erklärung Deutschlands, Frankreichs, Luxemburgs und Belgiens zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, vom 29.4.2003. Wortlaut in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 6/2003)

In den Medien wurde das Treffen der vier Regierungschefs (meist als "Pralinengipfel" bezeichnet) als nicht sonderlich bedeutsam eingestuft. Knapp zwei Monate später, beim EU-Gipfel in Thessaloniki und dann bei der Vorlage des EU-Verfassungsentwurfs zeigte sich, wie sehr dieser exclusive Club – sozusagen als Lokomotive – die Militärpolitik der EU vorantreibt. Die zentrale Forderung in der Vierer-Gipfelerklärung nach "verstärkten militärischen Fähigkeiten" wurde als "Verpflichtung" aller Mitgliedstaaten in den EU-Verfassungsentwurf aufgenommen. Ebenso das Konzept zur Bildung einer militärischen Kerneuropa-Gruppe, als deren Avantgarde sich der Viererclub versteht.

### **EU-Gipfelpläne zur Präventiven Kriegsführung**

Beim EU-Gipfel am 20. Juni 2003 in Thessaloniki legt der Hohe Beauftragte der EU-Außenpolitik, Javier Solana, den Entwurf für eine "Europäische Sicherheitsstrategie" vor. Seine Empfehlungen finden die Zustimmung aller 25 versammelten Regierungschefs. Bis Ende des Jahres soll die vorgeschlagene gemeinsame EU-Strategie ausformuliert und vom Europäischen Rat beschlossen werden.

#### **Solanas Kernaussagen:**

Die Europäische Union soll zu einem handlungsstarken, globalen Akteur werden und zu frühzeitigen, robusten Militärinterventionen bereit sein. Sie soll in die Lage versetzt werden, mehrere Operationen gleichzeitig durchzuführen, die dafür notwendigen Fähigkeiten entwickeln und die finanziellen Mittel aufstocken.

Im Folgenden werden einige wesentliche Passagen aus dem Strategie-Papier zitiert, das Javier Solana unter dem harmlos klingenden Titel "Ein sicheres Europa in einer besseren Welt" in Thessaloniki vorgetragen hat:

Zusätzlich zu den bereits bekannten "globalen Bedrohungen" durch internationalen Terrorismus und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen erwähnt Solana gleich mehrmals, dass sich das "Phänomen der gescheiterten Staaten", ausbreite und eine Bedrohung für Europa darstelle. In diesen "gescheiterten Staaten können militärisch Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung ... erforderlich sein". Die EU setze zwar auf Dialog mit zweifelhaften Regimen, wer sich jedoch nicht an die internationalen Regeln halte, "muss begreifen, dass er dafür einen Preis bezahlt". Folgerichtig heißt es dann: "Die neuen Bedrohungen haben ihren Ursprung oftmals in fernen Gebieten", deshalb werde "die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen" und die EU müsse "bereit sein, vor dem Ausbrechen einer Krise zu handeln. ... Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden". Im Klartext ist Solanas Vorschlag beinahe wörtlich die EU-Variante der US-Präventivkriegs-Doktrin.

Zwar wird wie üblich die Stärkung der Vereinten Nationen und eine "normengestützte Weltordnung" beschworen, "bei Verstößen gegen ihre Regeln" sei aber die EU gefordert und "sollte zum Handeln bereit sein". Denn: "Die EU als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, ... eine Union, die insgesamt 160 Milliarden Euro für die Verteidigung aufwendet, sollte nötigenfalls in der Lage sein, mehrere Operationen gleichzeitig aufrechtzuerhalten. Wir müssen eine strategische Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen begünstigt. ... Ein handlungsfähiges Europa liegt in greifbarer Nähe ... wenn wir es ernst meinen mit den neuen Bedrohungen und dem Aufbau von flexibleren mobilen Einsatzkräften", und wenn die EU-Staaten "die Mittel für die Verteidigung aufstocken".

Am Ende seiner Strategischen Orientierung verkündet Solana die verheißungsvolle Botschaft: Wenn es der EU gelingt, "zu einem handlungsstarken Akteur zu werden, dann besitzt sie das Potenzial" ..... zur Weltmacht! So sagt er es natürlich nicht, sondern: "um Einfluss im Weltmaßstab auszuüben".

(Der volle Wortlaut des Solana-Entwurfs in: 'Blätter ...', Dokumente zum Zeitgeschehen, 8/2003.)

### **Die EU-Verfassung: Aufrüstungsverpflichtung und weltweite Kampfeinsätze als Verfassungsnorm!**

Die gemeinsame Militärpolitik ist eines der zentralen Elemente im Verfassungsentwurf der EU. Das zukünftige "Grundgesetz" der EU wird weit mehr und detailliertere militärische Regelungen enthalten, als jede andere Verfassung der Welt. "Die Union ist dafür zuständig, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der schrittweisen Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik zu erarbeiten und zu verwirklichen." (Artikel I-11, Abs. 4 des EU-Verfassungsentwurfs, ähnlich und fast wortgleich in Artikel I-15, Abs. 1).

Einzelstaaten der EU können nach der Verabschiedung der EU-Verfassung die voranschreitende gemeinsame Militärpolitik nicht mehr ohne weiteres verhindern. Bei Annahme dieses Verfassungsentwurfs wird der gemeinsamen Militärpolitik der Europäischen Union eine – wenn nicht die – zentrale Funktion im Integrationsprozess der 25 Mitgliedsstaaten zugewiesen.

#### **Die wichtigsten Punkte des EU-Verfassungsentwurfs:**

1. Es gibt so etwas wie eine Loyalitätspflicht innerhalb der EU: In Artikel I-15, Abs. 2 heißt es: "Die Mitgliedstaaten unterstützen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Union aktiv und vorbehaltlos im Geiste der Loyalität und der gegenseitigen Solidarität und achten die Rechtsakte der Union in diesem Bereich. Sie enthalten sich jeder Handlung, die den Interessen der Union zuwiderläuft oder ihrer Wirksamkeit schaden könnte."

2. "Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern" (Art. I-40, Abs. 3). Um diese regelmäßige Aufrüstung zu kontrollieren und sicher zu stellen, wird ein "Europäisches Amt für Rüstung, Forschung

und militärische Fähigkeiten eingerichtet, dessen Aufgabe es ist, den operativen Bedarf zu ermitteln und Maßnahmen zur Bedarfsdeckung zu fördern, zur Ermittlung von Maßnahmen zur Stärkung der industriellen und technologischen Grundlage des Verteidigungssektors beizutragen und diese Maßnahmen gegebenenfalls durchzuführen." (Artikel I-40, Abs. 3).

3. EU-Streitkräfte sollen zu "Kampfeinsätzen im Rahmen der Krisenbewältigung einschließlich Frieden schaffender Maßnahmen" (Art. III-210) eingesetzt werden. Weiter heißt es: "Mit allen diesen Missionen kann zur Bekämpfung des Terrorismus beigetragen werden, unter anderem auch durch die Unterstützung für Drittstaaten bei der Bekämpfung des Terrorismus in ihrem Hoheitsgebiet". (Art. III-210). Ein extrem weit gefasstes Mandat: Grenzenlos und für jeden Zweck. Es würde der EU sogar erlauben, sich in Bürgerkriegen auf die Seite der einen oder anderen Fraktion zu schlagen und den Kriegsausgang zu beeinflussen. (Artikel I-40, Abs. 3)

4. Damit die EU-Militärmacht schneller vorankommt, wurden die Vorschläge des Vierergipfels (Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg) vom April 2003 in die Verfassung aufgenommen: Die Bildung eines Kerns entschlossener Staaten, die ihre militärische Zusammenarbeit verstärken und der EU vorangehen. In Artikel I-40, Absatz 6 des Verfassungsentwurfs heißt es: "Die Mitgliedstaaten, die anspruchsvolle Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander festere Verpflichtungen eingegangen sind, begründen eine strukturierte Zusammenarbeit im Rahmen der Union". Und in Artikel I-40, Absatz 7: "So lange der Europäische Rat keinen Beschluss gefasst hat, wird im Rahmen der Union eine engere Zusammenarbeit im Bereich der gegenseitigen Verteidigung eingerichtet". Dies ist im militärischen Bereich das, was Jacques Chirac als "Vorausteam bei der Tour de France" bezeichnete, und der deutsche Außenminister (in seiner Grundsatzrede "Vom Staatenverbund zur Föderation", am 12.5.2000 in Berlin) als "Avantgarde" und "Gravitationszentrum" innerhalb der EU beschrieben hat. An der Beschlussfassung über die "strukturierte Zusammenarbeit" nehmen laut Verfassungsentwurf ausdrücklich nur die Vertreter der Mitgliedstaaten dieses Exklusivclubs der EU teil (Art. III-213, Abs. 3)

5. Über zukünftige Militäreinsätze der EU entscheidet allein der Ministerrat. Das EU-Parlament wird entmachtet. In Artikel I-40 Abs. 4 des Verfassungsentwurfs steht: "Über militärische Einsätze der EU entscheidet der Ministerrat". Das EU-Parlament wird lediglich über die "grundlegenden Weichenstellungen ... auf dem laufenden gehalten" und "kann Anfragen stellen". (Art. I-40, Abs. 8, Art. III-205 Abs. 2). Zugleich wird das Grundgesetz ausgehebelt, denn: Die Regelungen der EU-Verfassung wären dem Grundgesetz übergeordnet.

Dazu passt auch die Forderung der Bundesregierung nach einem Bundeswehr-"Entsendegesetz". In den Verteidigungspolitischen Richtlinien hatte "Verteidigungs"minister Struck für Auslandseinsätze der Bundeswehr eine "schnelle politische Entscheidungsfähigkeit auf nationaler Ebene" gefordert (Ziffer 53 VPR). Mit dem Entsendegesetz

(das grotesker Weise als "Parlamentsbeteiligungsgesetz" bezeichnet wird) soll die lästige parlamentarische Befassung und Zustimmung für Militäreinsätze weitgehend eingeschränkt werden. Wesentliche Entscheidungen sollen dann am Bundestag vorbei von der Regierung getroffen werden können.

---

Die Verpflichtung zur Aufrüstung, die jetzt in der EU-Verfassung festgeschrieben werden soll, hat in Deutschland schon seit Jahren höchste Priorität. Im Anhang (ab Seite 22) wird deshalb die kostspielige Aufrüstung der Bundeswehr mit neuen Waffensystemen etwas näher behandelt.

---

## **2. Das Verhältnis Deutschland/EU zu den USA: Politakrobatik zwischen Komplizenschaft und Konkurrenz**

Die Ablehnung des Irakkrieges durch die Bundesregierung sowie der Regierungen Frankreichs und Russlands war (wie aus den vorangegangenen Abschnitten bereits deutlich wird) keine Anti-kriegsposition. Die angebliche Kriegsgegnerschaft war keine Ablehnung militärischer Gewalt, von Krieg als Mittel der Politik. Sie richtete sich in erster Linie gegen den Alleingang der USA. Die Auseinandersetzungen zwischen der Bush-Administration und dem politischen Führungspersonal in Paris und Berlin über den Irak-Kurs waren keine Kontroverse zwischen bellizistischen "Bush-Kriegern" und einer europäischen "Achse des Friedens", sondern der erstmals offen ausgetragene Konflikt darüber, wie die "Schlachtordnung" der verschiedenen imperialistischen Mächte bei der militärischen Absicherung der kapitalistischen Globalisierung künftig aussehen soll.

Die eigenmächtigen Weltordnungskriege der USA, im aktuellen Fall die militärische Durchsetzung amerikanischer Vorherrschaftsansprüche in der ölreichen Golfregion, werden von den konkurrierenden Großmächten zunehmend als geschäftsschädigend angesehen. Nachdem die US-Regierung praktisch das gesamte Konstrukt von Abstimmung, Interessenausgleich und Machtbalance zugunsten eines unumschränkten Führungsanspruchs niedergerissen oder aufgekündigt hatte, versuchten Paris und Berlin im Vorfeld des Irak-Krieges, der Hegemonialmacht Grenzen zu setzen.

Auf der weltpolitischen Bühne präsentiert sich die Bundesregierung – gemeinsam mit Frankreich – als Verfechterin des Gewaltmonopols der Vereinten Nationen und einer multipolaren Weltordnung. Europa – so die Botschaft – sei so etwas wie das zivilisatorische Gegengewicht zu der aggressiven und imperialen US-Politik.

Die imperialistischen Staaten Europas legen Wert darauf, dass bei ordnungspolitischen Entscheidungen wie im Falle des Irak, ihre eigenen Interessen berücksichtigt werden. Wenn sie von der internationalen Gemeinschaft reden, dann meinen sie aber nicht die 191 Mitgliedsstaaten der Verein-

ten Nationen und nicht einmal den Weltsicherheitsrat, sondern den Club der reichen und mächtigen Staaten, vor allem die USA und Europa.

Beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 hat auch die Bundesregierung keinerlei Wert auf eine Entscheidung des Weltsicherheitsrates oder auf ein UN-Mandat gelegt. Die NATO hat sich selbst das Mandat zum Krieg erteilt. Der Sicherheitsrat wurde gar nicht erst in Anspruch genommen. Die UNO war für die Bundesregierung damals genauso "irrelevant" wie sie es heute für die US-Regierung ist. Als es im Bundestag um die Zustimmung für den NATO-Angriffskrieg und die Bombardierung Belgrads ging, erklärte Bundeskanzler Schröder: "Heute müssen wir erkennen, dass die intensiven Bemühungen (mit Milosevic) zu einer Verhandlungslösung zu kommen, erfolglos waren".

"Verhandlungslösung"? Es gab nichts zu verhandeln. Die NATO hatte damals in Rambouillet ein Ultimatum gestellt: Jugoslawien sollte dem Einmarsch von NATO-Truppen zustimmen und ein Besatzungsstatut unterschreiben, oder es gäbe Krieg! Schröder erklärte im Bundestag: Weil Milosevic dem Rambouillet-Diktat und einer NATO-Besatzung eines Teils von Jugoslawien nicht zugestimmt habe, "war es richtig, die Bemühungen um eine politische Lösung mit einer glaubwürdigen Drohung zu verbinden", und diese "militärische Drohung uneingeschränkt wahr zu machen. ... Auch mir wäre ein neues, mit einer klaren Ermächtigung versehenes UNO-Mandat lieber gewesen. Dass es dieses Mandat nicht gibt, lag aber nicht an den NATO-Mitgliedern. Gerade mit Rücksicht auf Russland und gerade mit Rücksicht auf die Stellung der Vereinten Nationen war es richtig, die NATO-Entscheidungen nicht von einer weiteren Sicherheitsratsresolution abhängig zu machen." (Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 13/248, 16.10.1998). Die gleichen Lügen von "erfolglosen Bemühungen" um eine Lösung des Irakkonflikts hat diesmal die US-Regierung aufgetischt. So dreist wie Schröder – die Selbstermächtigung zum Krieg mit Rücksichtnahme auf die Vereinten Nationen zu rechtfertigen –, so dreist war nicht einmal George W. Bush.

### **Die EU – Instrument deutscher Großmachtambitionen**

Während führende Repräsentanten der US-Regierung die Haltung der Bundesregierung zum Irakkrieg als Wahlkampfmanöver geißelten, wurden die Äußerungen des Bundeskanzlers hierzulande – weit über die Anhängerschaft von SPD und Grünen hinaus – für bare Münze genommen oder gar als Friedenspolitik interpretiert. Tatsächlich jedoch hat dieser "deutsche Weg" weder etwas mit dem Einschwenken der Regierung auf Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung, noch hat er etwas mit Friedenspolitik zu tun.

Die bislang schärfste diplomatische Auseinandersetzung in den deutsch/us-amerikanischen Beziehungen hängt vor allem mit den rivalisierenden Interessen der Kontrahenten zusammen.

1990 hat sich der deutsche Imperialismus – nach Jahrzehnten aufgezwungener außenpolitischer Beschränkungen – als neue Großmacht auf der weltpolitischen Bühne zurück gemeldet. Die Zeiten der "Scheckbuchdiplomatie", die Zeiten, als Deutschland 1991 den Golfkrieg der USA mit 18

Milliarden Mark mitfinanzierte, sind endgültig vorbei. Der deutsche Imperialismus will wieder in der ersten Liga der Weltpolitik mitspielen.

Auf dem Balkan hat Deutschland erstmals seine neu gewonnene Machtposition ausgespielt und sich als Kriegsbrandstifter betätigt. Gegen die damaligen Vorstellungen der USA und der anderen EU-Staaten war die Bonner Regierung die treibende Kraft bei der Zerschlagung Jugoslawiens. Mit der einseitigen Unterstützung nationalistischer und secessionistischer Kräfte, erst in Slowenien und Kroatien, später im Kosovo, hat Deutschland an vorderster Front den Balkankonflikt eskaliert und entscheidend an der Inszenierung des NATO-Angriffskrieges gegen Jugoslawien mitgewirkt.

Eine wirklich globale Rolle aber kann Deutschland nur mit Hilfe der EU spielen – das hat die bundesdeutsche Machtelite seit langem begriffen. Als der Bundeskanzler gefragt wurde, ob er mit der politischen Verfassung der Europäer angesichts des "Krieges gegen den Terror" zufrieden sei, antwortete Gerhard Schröder: "Bei dem, was man Neupositionierung in einer sich verändernden weltpolitischen Landschaft nennt, würde Deutschland ohne Europa jedenfalls weniger wert sein als integriert in Europa. Das ist also nicht etwa die Stunde der Verlangsamung der europäischen Integration; sie ist eher mit Dynamik auszustatten." (FTD, 8.1.01). Außenminister Fischer sieht das genauso. Am 18. Oktober 2001 zitiert ihn die Süddeutsche Zeitung mit den Worten: "Wir sind eingebunden in Europa, und dieses Europa als ganzes hat globale Interessen. ... Der 11. September hat zu einer Achsenverschiebung geführt, und wir Europäer müssen darauf achten, nicht an den Rand gedrängt zu werden. Wenn wir getrennt bleiben, werden wir unsere Rolle in der Welt und bei ihrer Gestaltung nicht wahrnehmen können."

Deutschland ist mit dieser Sicht auf die "weltpolitische Landschaft" nicht alleine. Nicht nur in Frankreich, sondern im Establishment aller EU-Staaten wird das genauso gesehen. Und vor allem: Eine starke EU ist im Interesse des europäischen Kapitals, insbesondere der global operierenden Konzerne Europas. Deutschland war jedoch von Beginn an die treibende Kraft in diesem Prozess. Die Anfang der 90er Jahre von den herrschenden Kräften Deutschlands formulierte Europa-Strategie ist heute die Grundlage der EU-Politik. Durch den Zusammenschluss von 25 Staaten, mit dem EURO als konkurrierende Weltwährung entsteht ein Machtblock, dessen Führungselite den Weltführungs- und Vorherrschaftsanspruch der USA nicht mehr akzeptiert.

Die EU will – wie es ganz offiziell heißt – "auf gleicher Augenhöhe" mit den USA auf der weltpolitischen Bühne mitspielen können. Aber noch fehlt der EU ein vergleichbarer militärischer Knüppel. "Das Problem sei nicht die Stärke Amerikas, sondern die Schwäche Europas", lautet die diplomatische Formel. Der Ausbau der militärischen Fähigkeiten ist deshalb das zentrale Anliegen. Die globalen Expansions- und Machtansprüche Deutschlands und der EU lassen sich nur durch die Stärkung der eigenen politischen und militärischen Potenz durchsetzen.

Der US-Imperialismus andererseits steht vor einem nahezu unlösbaren Widerspruch. Ein Verzicht auf die derzeitige Hegemonialposition würde notwen-

dig den Aufstieg konkurrierender Mächte befördern. Konsensherstellung, selbst mit den europäischen Bündnispartnern, untergräbt den globalen Vorherrschaftsanspruch der USA. Imperiale Alleingänge wiederum gefährden die zerbrechlichen Bündnisbeziehungen und vertiefen die Risse in der NATO.

Die Differenzen und Konfliktfelder zwischen den USA und den EU-Staaten sind heute kaum noch zu übersehen. Sie treten in beinahe allen internationalen Fragen zu Tage und zeigen sich insbesondere in der aktuellen Debatte um "Unilateralismus oder Multilateralismus" sowie in den gegenläufigen Militärstrategien und konkurrierenden Militärprojekten. In der Auseinandersetzung um den Irak-Krieg erreichten diese Differenzen ihren vorläufigen Höhepunkt. Das Kriegsziel der USA war und ist es, die Vorherrschaft über die für sie lebenswichtige Ölregion am Golf zu behalten und zu verhindern, dass sie dort von konkurrierenden Mächten verdrängt werden.

Die sogenannten Kriegsgegnerstaaten (insbesondere Deutschland, Frankreich und Russland) befürchteten jedoch eine Gefährdung ihres wirtschaftlichen Engagements im Irak. Nicht nur russische und chinesische, sondern auch europäische Ölkonzerne hatten seit langem Vorverträge für die Erschließung und Ausbeutung der irakischen Ölfelder. Den zweitgrößten Vertrag (nach Russland) hatte Frankreich abgeschlossen. Weitere Verträge existieren mit den Niederlanden, Spanien und Italien. Insgesamt handelte es sich um geplante Investitionen von mehr als 40 Milliarden Dollar. Dem Weltenergieausblick 2001 der 'International Energy Agency' (IEA) zufolge, hatte der Irak bereits die Rechte an geschätzten 44 Milliarden Barrel Öl verkauft, was fast einem Drittel der gesicherten irakischen Ölreserven entspricht. Zu den Vertragspartnern dieser Deals gehörten europäische Ölkonzerne wie ENI und TotalFinaElf gemeinsam mit der russischen Lukoil und der chinesischen National Petroleum Company (CNPC).

Gleichzeitig ist der Irak hochverschuldet. Die Gläubigerstaaten Deutschland, Russland und Frankreich erwarten selbstverständlich, dass ihre Kredite, incl. Zinsen, vom Irak zurückgezahlt werden. (vgl. isw-spezial 15: Krieg ums Erdöl)

Die 'Neue Züricher Zeitung' berichtete am 24. Januar 2003: Der republikanische Senator Richard Lugar "ließ ... durch einen Sprecher mitteilen, Frankreich und Russland müssten sich an einem Anriff auf den Irak beteiligen, wenn sie von irakischem Öl profitieren wollten. Sie müssten sich sowohl an den militärischen Anstrengungen als auch an den Kosten beteiligen. Nur dann könnten sie Zugang zu irakischem Öl bekommen".

In den Jahren der Feindseligkeit zwischen den USA und dem Irak – aber auch wegen der offenen Unterstützung Israels durch die USA im Nah-Ost-Konflikt – haben sich die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und der EU mit den meisten arabischen Ländern recht gut entwickelt. Die Geschäfte könnten noch viel besser laufen, wäre es gelungen, das Embargo aufzuheben. – Was im Interesse der irakischen Bevölkerung dringend geboten gewesen wäre! Verhindert wurde das durch das Veto der US-Regierung im Weltsicherheitsrat. Ein Krieg und der vorhersehbare Sieg der stärksten Militärmacht der Welt über den Irak, die Errich-

tung eines Kontrollregimes unter dem Kommando der USA und die Zementierung amerikanischer Vorherrschaft im Nahen Osten – das war auch für deutsche Kapitalinteressen keine vorteilhafte Zukunftsperspektive.

Deutschland und die EU konnten sich auf Grund zunehmender antiamerikanischer Stimmungen in den arabischen Ländern durchaus reale Hoffnungen machen, die Vorherrschaft der USA im Nahen Osten zu brechen und deren Nachfolge anzutreten. Diese Hoffnungen wurden zusätzlich dadurch beflügelt, dass bereits im vergangenen Jahr der Irak, Venezuela und der Iran angekündigt hatten, künftig ihr Öl in Euros abzurechnen. Auch Saudi Arabien wollte diese Möglichkeit ernsthaft prüfen. Bisher werden alle Öl-Abrechnungen in Dollar bezahlt. Die Dollar-Abrechnung ermöglicht es den USA, nicht nur die Entwicklungsländer, sondern auch die wichtigsten kapitalistischen Rivalen zu dominieren. Andere Länder müssen für ihre Ölimporte Dollars kaufen und einen höheren Wechselkurs bezahlen.

Elmar Altvater schreibt: "Die Kontrolle eines großen Teils des Angebots auf den globalen Ölmärkten durch die USA würde dafür sorgen, dass die Ölrechnungen auch in Zukunft in US-Dollar ausgestellt werden. Das möglicherweise ist das entscheidende Motiv für die brutale Konsequenz, mit der der Irak unter US-Einfluss gebracht werden soll. Die US-amerikanischen Eliten versprechen sich, auch in Zukunft die Ölrechnung in Dollar begleichen zu können. ... Für die USA ist diese Aussicht wie ein Märchen aus Scheherazades Tausend und Eine Nacht. Sie würden den Lebenssaft ihrer Ökonomie fast umsonst bekommen. Die Druckerei der Federal Reserve verwandelte sich in eine sprudelnde Ölquelle. Dollar können in jeder gewünschten Menge 'gedruckt' werden, um das Öl zu importieren." Würde dagegen das Öl nicht mehr in US-Dollar, sondern beispielsweise in Euro fakturiert, und die Ölpreise würden gleichzeitig steigen, entstünde für die USA mit ihrem riesigen Handelsbilanzdefizit und der Finanzierung der enormen Ölimporte ein ahezu unlösbares Problem. (Elmar Altvater, Professor für politische Ökonomie, Berlin. In: "Die Währung des Schwarzen Goldes", www.verdi.de)

Der Wechsel des weltweiten Ölhandels von der Dollar- zur Euro-Währung, würde die US-Wirtschaft massiv und dauerhaft schädigen und den EURO-Raum stärken. Für die USA waren das trübe Aussichten, für die EURO-Mächte dagegen ein Grund mehr zur Ablehnung des Irak-Krieges.

### Die deutsche Gratwanderung

Trotz zunehmender rivalisierender Interessen wird aber ein direkter Konfrontationskurs gegenüber den USA vermieden. Die deutsche Außen- und Militärpolitik ist deshalb schon seit geraumer Zeit ein Drahtseilakt zwischen Komplizenschaft und Konkurrenz. Einerseits wird die Gegenmachtbildung vorangetrieben – andererseits soll ein Bruch mit den USA vermieden werden, denn im NATO-Verband und im Fahrwasser des von den USA verkündeten "globalen Krieges gegen den Terror" kommt auch der deutsche Imperialismus gut voran.

Bundeswehrtruppen stehen heute – mit Hilfe der USA – nicht nur auf dem Balkan, in Afrika und in einigen arabischen Ländern, sondern auch in Us-

bekistan und Afghanistan. So weit weg von der Heimat waren deutsche Soldaten zuletzt unter Kaiser Wilhelm. Wo immer die USA Krieg führen, soll nach Möglichkeit die Bundeswehr mit dabei sein.

Deshalb beteiligt sich Deutschland auch an der von Präsident Bush geforderten und auf dem NATO-Gipfel im November 2002 beschlossenen schnellen Eingreiftruppe, der Nato-Response Forces – einer europäischen Hilfstruppe, die für die globalen Kriegseinsätze der USA vorgesehen ist.

Deshalb wurde auch im Irakkrieg trotz öffentlich verkündeter Ablehnung die Komplizenschaft mit den USA nicht aufgekündigt. Deutschland schickte zwar keine Kampfverbände in den Irak, die USA erhielten aber alle anderen für sie unverzichtbaren Unterstützungsleistungen für den Krieg.

Schließlich haben die angeblichen Kriegsgegnerstaaten sogar den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak nachträglich legitimiert. Ausdrücklich haben sie in zwei Sicherheitsrats-Resolutionen im Mai und im August 2003 die Aggressorstaaten als Besatzungsmächte anerkannt und ihnen die Vollmacht (die "Autorität") zur Regelung der politischen und ökonomischen Angelegenheiten des Irak übertragen.

Ein wie immer geartetes Engagement im Irak und die Zusammenarbeit mit den Aggressorstaaten wird von der Bundesregierung heute nicht mehr ausgeschlossen. Um die Beziehungen zu den USA

nicht noch weiter zu belasten, empfiehlt der Bundeskanzler dirgend, "bitte jetzt keine rückwärts-gewandten Diskussionen zu führen" (Der Spiegel, 24/2003). Im Vordergrund der außenpolitischen Strategie steht jedoch die Entwicklung der EU-Militärmacht, die der Bevölkerung als angebliche "Zivilmacht Europa" oder als anti-US-imperialistisches Projekt verkauft wird.

Eurochauvinistische Auffassungen wie "Europa dürfe nicht länger Trittbrettfahrer der USA sein" oder dem "Größenwahn der Weltmacht und ihren imperialistischen Bestrebungen könne nur eine militärisch starke EU Einhalt gebieten", haben in den Medien Hochkonjunktur und finden inzwischen große Zustimmung.

Die Verwirklichung dieser Vorstellungen ist – abgesehen von den Kosten des damit verbundenen Rüstungswettlaufs – ist eine mindestens ebenso große Bedrohung für die Menschheit, wie die vermeintliche Unterordnung gegenüber der Weltmacht USA, denn das Euro-imperialistische Bündnis ist ebenso brandgefährlich wie der Transatlantische Imperialismus. Von zwei hochgerüsteten Machtblöcken mit globalen Interessen und Ansprüchen sind zivilisierte internationale Beziehungen oder auch der Verzicht auf die Anwendung militärischer Gewalt kaum zu erwarten. Eher sich gegenseitig eskalierende Machtkämpfe und nicht weniger, sondern mehr Kriege.

## Der Irak-Krieg – und die Folgen

von Naomi Klein

Am 6. April machte es der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz klar: Die UNO wird keine Rolle bei der Einsetzung einer Übergangsregierung im Irak spielen. (...) Und wenn dann das irakische Volk bei der Wahl einer Regierung mitsprechen darf, sind die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen über die Zukunft des Landes bereits von den Besatzern gefällt worden. (...) Man nennt den Prozess, die Infrastruktur wieder funktionstüchtig zu machen, "Wiederaufbau". (...)

Hier sind einige Glanzpunkte: Der Vertrag über die Verwaltung des Hafens Umm Qasr im Wert von 4,8 Millionen Dollar ist bereits an eine amerikanische Gesellschaft, die Stevedoring Services of America, gegangen und die Flughäfen stehen zur Versteigerung bereit. Das amerikanische Büro für internationale Entwicklung (US Agency for International Development) hat US-amerikanische multinationale Konzerne eingeladen, um für alles Mögliche, von der Wiedererrichtung der Straßen und Brücken bis zum Druck von Lehrbüchern, Angebote abzugeben. Die meisten Verträge erstrecken sich über ein Jahr, aber andere enthalten Optionen, die bis zu vier Jahre verlängert werden können. Wie lange wird es dauern, bis diese in langfristige Verträge für privatisierte Wasserversorgungssysteme, Transitstrecken, Straßen und Schulen und das Telefonsystem übergehen? Wann wird aus dem Wiederaufbau eine verschleierte Privatisierung? (...)

Und dann gibt es noch das Öl. Die Bush-Administration weiß, dass sie nicht offen über den Ausverkauf der irakischen Ölquellen an ExxonMobile und Shell reden kann. Sie überlässt das Fadhil Chalabi, einem ehemaligen Beamten im irakischen Ölministerium: "Wir sind darauf angewiesen, dass viel Geld ins Land kommt", sagt Chalabi. "Der einzige Weg dazu ist die Teilprivatisierung der Industrie." Er gehört zu einer Gruppe von Exil-Irakern, die das US-Außenministerium dabei beraten haben, wie man diese Privatisierungen realisiert, ohne dass sichtbar wird, dass sie von den USA initiiert werden. (...)

Es gibt nicht wenige, die behaupten, es wäre zu einfach zu sagen, bei diesem Krieg gehe es um Öl. Sie haben Recht. Es geht um Öl, Wasser, Straßen, Eisenbahnen, Telefonsysteme, Häfen und Medikamente. Und wenn dieser Prozess nicht zum Halten gebracht wird, findet im "freien Irak" der größte Ausverkauf der Welt statt. Es ist keine Überraschung, dass sich so viele multinationale Konzerne auf den ungenutzten irakischen Markt stürzen. Nicht nur weil der Wiederaufbau einen Wert von 100 Milliarden Dollar hat, sondern auch weil der "freie Handel" mit weniger gewalttätigen Mitteln in der letzten Zeit nicht besonders gut lief. (...)

Bis jetzt hat sich die Debatte über den Wiederaufbau des Iraks in der Presse auf ein Fairplay konzentriert: Nach Meinung des EU-Kommissars für Außenbeziehungen, Chris Patten ist es "außergewöhnlich ungeschickt", wenn die USA die gesamten profitablen Verträge für sich behalten. Sie müssen lernen zu teilen: ExxonMobile sollte Frankreichs TotalFinaElf an den lukrativsten Ölfeldern beteiligen; Bechtel sollte der britische Thames Water einen Anteil an den Verträgen über die Kanalisation abgeben. Aber während Patten den US-Unilateralismus ärgerlich findet und Tony Blair vielleicht die Aufsicht der UNO fordert, hat das mit dieser Sache nicht das Geringste zu tun. Wen interessiert es, welcher multinationale Konzern die besten Verträge im vordemokratischen Auflösungs-Ausverkauf des Iraks nach Saddam bekommt? Was spielt es für eine Rolle, ob die Privatisierung unilateral von Washington durchgeführt wird oder von den USA, Europa, Russland und China?

Vollkommen abwesend bei dieser Debatte ist das irakische Volk, das vielleicht – wer weiß? – einen Teil seines Vermögens behalten möchte. Nach dem Ende der Bombardierungen ist man dem Irak massive Reparationen schuldig, aber ohne die Ingangsetzung eines wirklichen demokratischen Prozesses sind das Geplante weder Reparationen, noch ein Wiederaufbau, noch eine Rehabilitation. Es ist Raub: Massendiebstahl verschleiert als Nächstenliebe, Privatisierungen ohne Regierungsbeteiligung. (...)

April 2003 / www.friedensratschlag.de / Quelle: www.zmag.de

## Anhang

### Kostspielige Aufrüstung der Bundeswehr-"Einsatzkräfte"

Spätestens mit dem Bundeswehrplan 1997 und dem am 14. Juni 2000 im Bundeskabinett beschlossenen "Eckpfeiler"-Papier zur Erneuerung der Bundeswehr "von Grund auf" waren die Weichen gestellt, um die deutschen Streitkräfte strukturell angriffsfähig und weltweit interventionsfähig zu machen. Der Aufbau der 150.000 Mann starken "Einsatzkräfte" – von denen 50.000 Soldaten ständig einsatzbereit sind – soll bis zum Jahr 2006 abgeschlossen sein. Laut Regierungsbeschluss soll die Bundeswehr dann in der Lage sein, "eine große Operation mit bis zu 50.000 Soldaten aller Teilstreitkräfte über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr oder zwei mittlere Operationen mit jeweils bis zu 10.000 Soldaten über mehrere Jahre sowie jeweils parallel dazu mehrere kleine Operationen durchzuführen." (Rudolf Scharping: "Die Bundeswehr sicher ins 21. Jahrhundert. Eckpfeiler für eine Erneuerung von Grund auf". [www.bundeswehr.de](http://www.bundeswehr.de)).

Die Speerspitze bei den Auslands-Kampfeinsätzen der Bundeswehr ist die 1.000 Mann starke Elitekampftruppe "Kommando Spezialkräfte" (KSK) und die "Division Spezielle Operationen" (DSO) mit 7.400 Soldaten. Das "Kommando Spezialkräfte", das mit rund 100 Soldaten in Afghanistan eingesetzt war, hat seinen Sitz in Calw und ist die Symboltruppe der neuen Interventions-Bundeswehr. Die 'Die Welt' nannte die Truppe eine "Para-Kommando-Brigade für den Guerillakampf". In Militärschriften wird beschrieben, wie sie kämpfen soll: Die Elitetruppe soll "mit ihren Spezialwaffen hinter den feindlichen Linien abspringen, gegnerische Kommunikationsnetze zerstören oder militärische Hauptquartiere im Hinterland lahmlegen". Geübt wurde "das Agieren aus dem Hinterhalt und das Vorgehen nach Handstreichmanier" ebenso wie der "Umgang mit Sprengmitteln und der Nah- und Häuserkampf". Die Aufgabenstellung der "Division Spezielle Operationen", die aus den bisherigen Luftlandbrigaden in Oldenburg und Saarlouis gebildet werden, ist mit der des KSK weitgehend identisch. Beides sind mit High-Tech-Waffen ausgerüstete Elite-Kampftruppen, ihre Einsatzgebiete und Kampfaufträge sind geheim und jeder parlamentarischen oder gar öffentlichen Kontrolle entzogen. In Afghanistan waren nach offiziellen Angaben ca. 100 KSK-Soldaten eingesetzt. Sie kämpften unter amerikanischem Kommando. Gefangene werden nur "wenn notwendig" gemacht und offensichtlich den US-Streitkräften übergeben – wo sie nicht als Kriegsgefangene, sondern als sog. "unrechtmäßige Kämpfer" behandelt und auf dem berühmten US-Stützpunkt Guantanamo interniert werden.

### Die neuen Waffensysteme für den globalen Einsatz

Die folgenden Angaben über die Anschaffung neuer Waffensysteme und die vorraussichtlichen Kosten stammen vorwiegend aus einer umfangreichen Recherche von Lühr Henken ("Zur künftigen Entwicklung der deutschen Militärausgaben" in: IMI-Studie 01/03 – [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)).

Um weltweit interventionsfähig zu sein, werden für die "Einsatzkräfte" der Bundeswehr neue Waffensysteme angeschafft, die rund 150 Mrd. Euro verschlingen.

In Scharpings "Eckpfeiler"-Papier vom Juni 2000 wurden "Prioritäten" für die militärische Neuausrüstung der Bundeswehr festgelegt:

Erste Priorität hat die Verbesserung der strategischen Verlegefähigkeit, also Großraum-Militärtransporter für die weltweit operierenden Interventionstruppen.

Zweite Priorität haben leistungsfähige Kommunikations- und Führungsmittel. In Ergänzung der Fähigkeiten des Bündnisses erhält deshalb die Bundeswehr "eine eigene raumgestützte Aufklärungsfähigkeit.

Dritte Priorität hat die Verbesserung der Abstands- und Präzisionsfähigkeit. Dabei geht es um ferngesteuerte zielgenaue Marschflugkörper für die Tornados und den Eurofighter, die MAW-TAURUS, für die bereits im Bundeswehrplan 1997 die Summe von 2,15 Milliarden Euro (4,3 Mrd. DM) veranschlagt waren.

Unter Berücksichtigung dieser "Prioritäten" legte Generalinspekteur Kujat im März 2001 ein Material- und Ausrüstungskonzept (MatKonz) vor: Ein Beschaffungsprogramm für 213 Waffensysteme und Ausrüstungen, das als Grundlage für die jährliche Rüstungsplanung gilt.

Anfang 2002 hat das Verteidigungsministerium (BMVg) den Bundeswehrplan 2002 (BwPl 02) herausgegeben. Er gibt – wie die Pläne von 1997 und 1999 – Auskunft über die militärischen Beschaffungen und die dafür veranschlagten Kosten. Der "Bundeswehrplan 2002" enthält eine Liste von über "30 wesentlichen Großvorhaben", Waffen für alle denkbaren Kriegsszenarien.

Die (unvollständige) Liste dieser Waffensysteme (siehe Tabelle gegenüberliegende Seite) unterstreicht den interventionistischen Charakter der beabsichtigten Bundeswehreinsätze.

Den Tornados und Eurofightern werden Marschflugkörper und lasergelenkte Bomben untergehängt. Die Marine erhält bis Ende des Jahrzehnts neue Fregatten und Korvetten, die speziell für den Einsatz von See auf Land konzipiert sind: Für "amphibische Landeoperationen", ausgerüstet mit Marschflugkörpern von einer Reichweite bis zu 400 Kilometern und manuell lenkbaren Präzisionsflugkörpern, die insbesondere für den "Landzielbeschuss" geeignet sind.

Mit den 80 hochmodernen Kampfhubschraubern TIGER nimmt das deutsche Heer eine europäische Spitzenstellung ein. In der Entwicklung befindliche automatisierte Kampfdrohnen sollen das später noch unterstützen. Um weltweit rund um die Uhr und wetterunabhängig erspähen zu können, was am Boden geschieht, erhält die Bundeswehr ein Radarsatellitensystem. Und, wie den VPR zu entnehmen ist, wird der Plan für ein kostspieliges "Luftverteidigungssystem" weiterverfolgt.

In der Entwicklungsphase befindet sich das transatlantische Projekt MEADS, das zur Landesverteidigung weder geeignet noch dafür vorgesehen ist. Die präzisionsgesteuerten Raketen mit einer Reichweite bis zu 1.000 Kilometern sind als Angriffswaffe und zum Schutz der NATO-Interventionstruppen bei ihren "Out-of-area"-Einsätzen be-

stimmt. Über die Kosten gibt es nur vage Schätzungen. Der deutsche Anteil soll bei 15 bis 20 Milliarden Euro liegen (Spiegel, 17.4.2000). Im Bundeswehr-Beschaffungsplan 2002 ist MEADS jedoch nur mit Kosten in Höhe von 2,6 Mrd. Euro enthalten.

Mit besonders großer Eile vorangetrieben wird die Anschaffung der Militär-Airbusse A-400M. Die Bundeswehr und die EU-Streitkräfte brauchen dieses "Strategische Transportflugzeug" für die schnelle Truppenverlegung und den Transport gepanzerter Fahrzeuge in die zukünftigen Kriegsgebiete.

Für gute Stimmung bei den deutschen Rüstungskonzernen sorgte jetzt die Ankündigung der Bundesregierung, Deutschlands Rüstungshaushalt ebenfalls – nach Großbritannien und Frankreich – absolut zu steigern. Die derzeitigen Umschichtungen innerhalb des Militäretats zugunsten von Neuanschaffungen für die Interventionsstreitkräfte reichen nicht. Ab 2006 wird deshalb nach einer Vereinbarung zwischen dem "Verteidigungs"- und dem Finanzminister der Etat der Bundeswehr um jährlich 800 Millionen Euro erhöht (FAZ, 24.6.03). Dieser Beschluss erfolgte zur gleichen Zeit, als die Schröder-Regierung den Sozialstaat zum Abschluss freigab.

Doch bei dieser Erhöhung der Militärausgaben wird es nicht bleiben. Der 'Spiegel' schätzte schon Ende September 2002 die Kosten für die Neuanschaffungen auf "gut 110 Mrd. Euro, verteilt über etwa zehn Jahre" (Spiegel, 30.9.2002). Der Bundesrechnungshof kommt auf der Grundlage der Kostenangaben im Bundeswehrplan 2002 auf die Summe von 87,5 Mrd. Euro für alle militärischen Beschaffungen bis zum Jahr 2014. Die tatsächlichen Kosten der militärischen Aufrüstung dürften jedoch noch weit höher liegen:

Erstens, weil eine Reihe von Projekten bewusst niedrig veranschlagt wurde (siehe Kasten Eurofighter);

Zweitens, weil bei einigen Waffensystemen die Stückzahlen vorläufig reduziert wurden, die Bundeswehrführung aber einen weit höheren Bedarf angemeldet hat (z.B. bei den Fregatten und den Marschflugkörpern für die Luftwaffe);

### Der Eurofighter – gut angelegtes Geld?

**"Mit geplanten Gesamtkosten von 19,5 Milliarden Euro für 180 Exemplare ist der Eurofighter das teuerste Rüstungsprojekt in der bundesdeutschen Geschichte."** (Der Spiegel, 28/2003)

Bei der Präsentation der ersten Maschine in einer Werkshalle des EADS-Konzerns rühmte "Verteidigungs"-Minister Struck den Eurofighter als das ideale Gerät für die geplanten weltweiten Interventionseinsätze der Bundeswehr: "Er passt perfekt zu den vielfältigen Herausforderungen unserer Zeit." Die jüngsten Kriege hätten schließlich gezeigt, wie wichtig die "Luftüberlegenheit" sei.

Nach den offiziell veranschlagten Gesamtkosten liegt der Preis für ein Exemplar dieses Kampfflugzeugs bei 108 Millionen Euro. Der Bundesrechnungshof rechnet allerdings mit Gesamtkosten von 21,2 Milliarden, also mit 117 Millionen Euro pro Stück. Dass es dabei bleibt, ist äußerst fraglich, denn 1997 sollte der Preis einer Maschine noch bei 125 Mio. DM (!), also bei 64 Millionen Euro liegen. Kostensteigerung: Rund 170 Prozent innerhalb von sechs Jahren. Der Eurofighter, betonte Peter Struck, sei "sehr gut angelegtes Geld".

(Alle Angaben: 'Spiegel', 28/2003)

Drittens, weil einige Projekte, wie das Fernmelde- und Führungssystem HEER, nicht mehr im Bundeswehrplan auftauchen. Diese IT-Technologie ist jedoch zur Führung der "Einsatzkräfte" unverzichtbar und soll jetzt offensichtlich als europäisches Projekt verwirklicht werden. Kosten: rund 600 Millionen Euro jährlich über einen Zeitraum von 10 Jahren.

Viertens gehen die offiziellen Berechnungen vom Preisstand Dezember 2001 aus, Preissteigerungen sind nicht einkalkuliert.

Seriöse Schätzungen unabhängiger Experten gehen deshalb davon aus, dass die Anschaffungskosten für das neue Kriegsgerät bis zum Jahr 2015 die astronomische Summe von 150 Milliarden Euro erreichen wird.

Bundeswehrplan 2002 bis 2014 und Folgekosten nach 2014	
Waffensysteme	veranschlagte Kosten
Transporthubschrauber NH 90 / MH 90	6,1 Mrd. Euro
Gepanzerte Transport-Fahrzeuge GTK / BOXER	4,8 Mrd. Euro
Gepanzerte Fahrzeuge IGEL	19,8 Mrd. Euro
Kampfhubschrauber UHU / TIGER	3,4 Mrd. Euro
Marschflugkörper MAW-TAURUS und Seeziel-Lenkflugkörper	1,2 Mrd. Euro
Luft/Luft-Rakete FMRAM/AMRAAM (Meteor/Irist)	1,7 Mrd. Euro
Taktisches Luftverteidigungssystem – MEADS	2,6 Mrd. Euro
Euro-Fighter EF2000	12,0 Mrd. Euro
Airbus A-400M	8,1 Mrd. Euro
Fregatten F124 / 125	4,9 Mrd. Euro
Korvetten	1,0 Mrd. Euro
U-Boote U 212	2,5 Mrd. Euro
Seefernaufklärungsflugzeug MPA 2000	1,5 Mrd. Euro
Signalerfassungssysteme, Satellitenaufklärung und -kommunikation	2,5 Mrd. Euro

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) forderte deshalb schon vor einem Jahr mehr Geld für die Bundeswehr. BDI-Präsident Rogowski: In Zukunft müssten "etwa drei Milliarden Euro zusätzlich ausgegeben werden, um die Bundeswehr mit einer Ausrüstung zu versehen, die den politischen und militärischen Anforderungen genügt". (FAZ, 5.9.2002 "BDI: Rüstung darf kein Stiefkind sein")

Völlig unberücksichtigt bleiben bisher die steigenden Kosten für die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die derzeitigen Einsätze von rund 7.300 Soldaten verschlingen bereits 1,4 Milliarden Euro jährlich. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist jedoch die Fähigkeit zu mehreren weit größeren "Operationen" mit einer Anzahl von "bis zu 50.000 Soldaten". Die laufenden Einsatzkosten für die Bundeswehr werden sich demnach vervielfachen und könnten schon in wenigen Jahren auf jährlich 5 Milliarden Euro und mehr ansteigen.

Bei der Bundesregierung stoßen die Forderungen der Kapitalvertreter und Rüstungskonzerne auf offene Ohren. Unermüdlich erklärt der Bundeskanzler den engen Zusammenhang zwischen der Demontage des Sozialstaats und den Weltmachtambitionen Deutschlands. So betonte Gerhard Schröder bei der Vorstellung der Agenda 2010 ausdrücklich, dass die vorgesehenen sozialen Einschnitte der "wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands geschuldet" sind, "zugleich" gehe es aber auch um "unsere Verantwortung für ein starkes Europa und damit für seine Rolle in der Welt". Gegenüber dem 'Spiegel' wird er noch deutlicher: "Es gibt einen Zusammenhang zwischen Emanzipation im Äußeren und den Reformen zur Wiedererlangung der ökonomischen Kraft." (Spiegel, 13/2003). Und bei der Eröffnung der Hannover Messe im April 2003 erklärte Schröder: "Das, was ich mit der Agenda 2010 bezeichnet habe (...) hat mit dem Thema zu tun, das ich anfangs erörtert habe. Wenn Deutschland seine Rolle in Europa und damit Europa seine Rolle in der Welt in dem gekennzeichneten Maße spielen will und soll, ... dann reicht es eben nicht aus, das nur zu wollen, sondern dann muss man das Land ökonomisch in Stand setzen, auch die Kraft zu haben und sie diesem Europa zur Verfügung zu stellen, um diese Rolle realisieren zu können."

Aufrüstung und weltweite Kriegsfähigkeit sind die Instrumente der Regierung für Deutschlands "Emanzipation im Äußeren" und Deutschlands "Rolle in Europa und der Welt". Der soziale Kahlschlag ist die Kehrseite dieser Medaille.

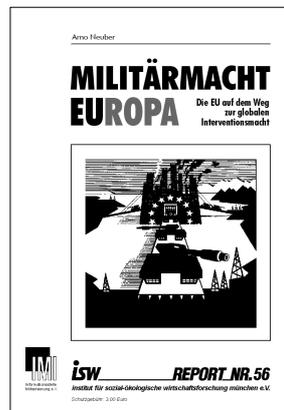
Dank an Tobias Pflüger (IMI e.V.), dessen Texte wichtige Fakten und Daten zu dieser Arbeit beige-steuert haben.

Der Autor **Claus Schreier**, Mitarbeiter des isw e.V., ist einer der Sprecher des "Bündnis München gegen Krieg" und Mitorganisator des Münchner Hearings "Der Irak-Krieg und die Folgen".

#### Abkürzungen

Blätter – Blätter für deutsche und internationale Politik  
FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung  
FTD – Financial Times Deutschland  
SZ – Süddeutsche Zeitung

## isw-publikationen zum Thema



"...haben die Festungsherren beschlossen, sich künftig auch militärisch weltweit einzumischen. Die EU strebt nach militärischer Interventionsfähigkeit mit eigenen Truppen – mindestens im Radius von 4.000 Kilometern rund um Brüssel: Panzerkreuzer Europa?"

**isw-report 56**  
Dezember 2003  
32 Seiten, 3,00 Euro  
Autor: Arno Neuber



"Der lang anhaltende Feldzug gegen den Terrorismus" entpuppt sich als Strategie der permanenten militärischen Intervention, um in den entscheidenden Ölregionen der Erde die Hegemonie der USA und des Westens abzusichern."

**isw-spezial 15**  
2. akt. Aufl. 2003  
40 Seiten, 3,50 Euro  
Autoren: Fried Schmid, Conrad Schuhler

[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)



Informationen, Bibliothek, Recherchen, Vorträge

Themen: Ursachen von Krieg und Konflikten, Krieg als Mittel der Außenpolitik, Bundeswehr und Nato, Militarisierung der EU, Rechts-extremismus und Militär, Aufrüstung in der Welt.

IMI e.V., Hechingerstraße 203, 72072 Tübingen,  
fon: 07071/49154, fax: 07071/49159, email: imi@imi-online.de

## Bündnis MÜNCHEN GEGEN KRIEG

Das Bündnis aus Einzelpersonen und VertreterInnen mehrerer Organisationen entstand im Februar 1003 aufgrund des drohenden Angriffskrieges gegen den Irak und organisierte im Vorfeld und während des Krieges fast alle Protestaktionen und große Demonstrationen in München. Ein Anti-kriegszelt des Bündnisses auf dem Marienplatz war sechs Wochen lang Kristallisationsort für die Friedensbewegung in München. Das BÜNDNIS MÜNCHEN GEGEN KRIEG gehört zu den Organisatoren des Münchner Hearings "Der Irak-Krieg und die Folgen" und der Proteste gegen die sog. NATOSicherheitskonferenz am 6./7. Februar 2004 in München. [www.muenchen-gegen-krieg.de](http://www.muenchen-gegen-krieg.de)

### isw-report (Auswahl) ISSN 1614-9289

- ..... report 92: **Der Überfall der Banken.** Wie die Banken die Gesellschaft ruinieren u. wie sie an die Kette zu legen sind (April 2013) 1,00 EUR
- ..... report 93: **Die Schulden streichen!** Grundlage für eine Erneuerung Europas (21. isw-forum) (Juni 2013) 1,00 EUR
- ..... report 94: Zwischen Dauerkrise, Widerstand, Transformation: **Kapitalismus am Ende?** (Sept. 2013) 1,00 EUR + Versand
- ..... report 95: **Die Krise und die Spaltung Europas. Europa am Scheideweg** (Dez. 2013) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 96: **Widerstand** – Kapitalismus oder Demokratie (März 2014) 3,50 Euro + Versand
- ..... report 97: **Wirtschafts-Nato TTIP – STOP!** (Juli 2014; akt. Beilage April 2016) 3,50 Euro + Versand
- ..... report 98: **Ist Wohlstand ohne Wachstum möglich?** Beiträge 22. isw-forum (Sept. 2014) 3,00 EUR + Versand
- ..... report 99: **Die Energiewende im Würgegriff der Konzerne** (Dezember 2014) 3,50 EUR + Versand
- ..... report 100/101: **Umbruch im globalen Kapitalismus.** Abstieg der G7-Metropolen - Aufstieg der Schwellenländer (April 2015) 6,00 EUR
- ..... report 102: **Der Aufstieg des Südens – Umbruch in der globalen Machtverteilung?** Doku 23. isw-forum (Sept. 2015) 3,00 EUR
- ..... report 103: **Wege aus dem Kapitalismus.** Die Alternativen entfalten sich nur in sozialen Kämpfen (Nov. 2015) 4,50 EUR + Versand
- ..... report 104: **Auf der Flucht** – Fluchtursachen. Festung Europa. Alternativen (Februar 2016) 4,00 EUR
- ..... report 105: **Demokratie & Internet** (April 2016) 2,50 EUR + Versand
- ..... report 106: **Digitale Arbeit und Industrie 4.0** Doku 24. isw-forum (H.J. Urban, Th. Hagenhofer, M. Schwarzbach) (Sept. 2016) 2,50 EUR
- ..... report 107/108: **Pulverfass Nahost** (Februar 2017 in Zusammenarbeit mit IMI e.V.) 4,50 EUR + Versand
- ..... report 109: **Krise des Globalen Kapitalismus – Und jetzt wohin?** (Juli 2017) 6,00 EUR + Versand
- ..... report 110: **Postwachstum. Unser Leben nach dem Wachstumswahn** (Sept. 2017) 2,50 EUR + Versand
- ..... report 111: **Die Zukunft Europas.** Ohne Demokratisierung hat es keine (Dez. 2017) 3,00 EUR + Versand
- ..... report 112/113: **Elektro-Pkw als Teil der Krise der aktuellen Mobilität** (März 2018) 4,50 EUR + Versand
- ..... report 114: **Indien** im System des globalen Kapitalismus (Sept. 2018) 4,00 EUR + Versand
- ..... report 115: **Globaler Wirtschaftskrieg** - Der Aufstieg Chinas. Zerbricht der Westen? (Dez. 2018) 4,50 EUR + Versand

### isw-spezial ISSN 1614-9270

- ..... Nr. 28: **Das Geschäft mit der Nahrung** (Juli 2016) 3,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 29: **TERROR** - wo er herrührt, wozu er missbraucht wird, wie er zu überwinden ist (Dez. 2016) 2,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 30: **Klimazerstörung.** Die Verantwortungslosigkeit kapitalistischer Gesellschaften (Januar 2017) 4,50 EUR + Versand

### isw-wirtschaftsinfo ISSN 1614-9262

- ..... Nr. 52: **Agil und ausgepresst?** Agile Unternehmensführung – Herausforderung für Gewerkschaften u. Betriebsräte (Dez. 2017) 1,50 EUR
- ..... Nr. 53: **Geht uns die Arbeit aus? Wie sich die Digitalisierung auf die Beschäftigten auswirkt** (März 2018) 3,50 EUR + Versand
- ..... Nr. 54: **Bilanz 2017 - Ausblick 2018** – zur wirtschaftlichen und sozialen Lage (April 2018) ca. 5,00 EUR + V.

### isw-forschungshefte ISSN 1614-9254

- ..... Nr. 4: **Der Markt. Theorie, Ideologie, Wirklichkeit.** Eine Kritik der herrschenden Wirtschaftsideologie (Juli 2010), 4,00 EUR + Versand
- ..... Nr. 5: **Globale Einkommensverteilung.** Entwicklung seit 1980 und Perspektiven (November 2015) 4,00 EUR + Versand

### isw-Grafik-Report ISSN 1867-7363

- ..... **Grafik-Info: Der Krieg der Reichen gegen die Armen** (September 2016) farbig 2,00 EUR + Versand

alle lieferbaren isw-Publikationen siehe

[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

### Ich bestelle die oben angekreuzten Titel

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

### Ich abonniere isw-report und wirtschaftsinfo "Bilanz"

ab isw-report  116 /  117 /  118 /  119  
zum Abo-Preis von 18 Euro (Auslandsabo: 28 Euro)

- Ich zahle nach Rechnungstellung
- Buchen Sie den Abo-Betrag von meinem Konto ab (siehe Kasten)

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_

### Ich möchte Fördermitglied des isw e.V. werden

Ich unterstütze die Arbeit des isw ab .....(Monat/Jahr)  
mit einer monatlichen Spende von ..... EUR (mind. 6 Euro)

Als Fördermitglied erhalte ich alle im Förderzeitraum erscheinenden  
isw-Publikationen (Printmedien) des isw e.V. als Mitgliederzeitschrift.

- Ich zahle nach Rechnungstellung
  - Ich zahle per Dauerauftrag
  - Buchen Sie den Förderbeitrag von meinem Konto ab
- Die Abbuchung soll erfolgen:  vierteljährlich  halbjährlich  jährlich

Name  
Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_

### Zahlung per SEPA-Lastschriftmandat (Einzugsermächtigung)

Wenn Sie sich für die Zahlung per Lastschrift entscheiden,  
schicken wir Ihnen ein Formular zu, in das Sie Ihre Bankdaten  
eintragen können. Mit gleicher Post erhalten Sie auch die für  
das Sepa-Lastschriftverfahren notwendigen Daten: unsere  
Gläubiger-Identifikationsnummer, Ihre Mandatsreferenznummer  
sowie den Abbuchungstermin.

Das Formular finden Sie auch auf unserer Internetseite.



**NO JUSTICE  
NO PEACE!**

<http://www.isw-muenchen.de>

ISSN: 1614-9270